

Volksstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: **Edler Pauli**, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: **W. L. Schmidt**, Magdeburg. — Druck und Verlag von **W. L. Schmidt & Co.**, Magdeburg, Große Mühlstraße 2. — Fernsprechnummer 1111. Für Inserate 1920, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 901. Postzustellungsstelle **L. Nachtrag**, Seite 17.

Bezugspreis: Vierteljährlich einfl. 12.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholer vom Verlag mit den Ausgabenkosten vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 18.00 Mk., monatlich 6.00 Mk. ohne Postgeb. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühr: die gespaltene Nonpareilzeile 1.00 Mk. im Reklametitel Zeile 2.50 Mk. Vereinstalender Zeile 50 Pf. Anzeigen-Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postfachnummer: Nr. 2254 Berlin.

Nr. 272.

Magdeburg, Sonnabend den 20. November 1920.

31. Jahrgang.

Das Ziel der Sozialisierung.

Die Gegner der Sozialisierung behaupten vielfach, daß die Sozialdemokratische Partei mit ihren Sozialisierungsplänen nur einer Laune der Arbeiterschaft nachgebe und die Schwere des Problems berkenne. Weder das eine noch das andre ist richtig. Die Forderung der Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln ist eine dem Sozialismus begründende. Die Schwere des Problems ist besonders in der gegenwärtigen Zeit nicht zu unterschätzen. Es wäre ein sehr gewagtes Experiment, eine ganz unter den Schwankungen der Konjunktur, der Lage des Weltmarktes, den Nachwehen des Krieges unsicher sich entwickelnde Industrie aus ihrem natürlichen Entwicklungsgang herauszunehmen. Das Müßlingen, wie es die russische Sozialisierung oder kommunistische Organisation zeigt, ist der beste Beweis dafür, daß nicht übereilt ans Werk gegangen werden darf, und eine allgemeine, gleichzeitige Umstellung aus der kapitalistischen Produktion zur sozialistischen nicht möglich ist.

Daß dem Projekt sehr viele Gegner den Kampf anführen, ist nur zu leicht erklärlich, denn das kapitalistische Interesse ist nur zu eng verknüpft mit dem Verbleiben des gegenwärtigen Zustandes. Aber lassen wir uns nicht auch im eigenen Kreise von einigen Argumenten unserer kapitalistischen Gegner irreführen? Da ist zunächst die Behauptung, daß die persönliche Initiative des Unternehmers für die Entfaltung des Unternehmens von entscheidender Bedeutung ist. Ich stelle dem entgegen: kann nicht auch die Initiative des Arbeiters sehr viel Nützliches schaffen, wenn wir sie erst einmal eingeschaltet haben? Wozu war es dem Arbeiter gar nicht vergönnt, durch eine Mitbestimmung zu zeigen, wie er sich hier bewährt. Wir sprechen von einem bürokratischen System in der Verwaltung der Staats- und Kommunalbetriebe und haben doch bisher nicht einmal versucht, in diesen Betrieben die Arbeiter zur Tätigkeit in der Verwaltung heranzuziehen. Wir suchen nach einer Sozialisierung der Betriebe und gehen an denjenigen vorbei, die heute schon aus der kapitalistischen Wirtschaft herausgenommen sind; wenigstens insofern, als sie Profite nicht kapitalistischen Interessenten zuführen, sondern der Allgemeinheit. Gewiß, die Erfahrungen mit einigen radikalen Betriebsräten sind nicht die besten, aber wir werden auch hier zu einer Klärung kommen und es werden sich die tüchtigen Leute durchsetzen, nicht die großen Schreier. Man verlange nur im Anfang nicht gleich zuviel; alle Erfahrung spricht dafür, daß ein ungebärdiges Benehmen noch immer am besten gedämpft wird dadurch, daß man die Aufbegehrenden zur praktischen Arbeit mit heranzieht. Gewiß soll das Geschick eines tüchtigen Unternehmers, eines Direktors, Technikers und kaufmännischen Leiters auch künftig dem Unternehmen erhalten bleiben. Wir täuschen uns sehr oft über die Bedeutung einer einzelnen Person im Unternehmen, denn nicht selten ist es die Kollektivarbeit, die den einzelnen hervortreten läßt.

Schalten wir die Arbeitervertreter in die Verwaltung ein. Die Zeit drängt heute, dem Verlangen entgegenzukommen, weil das alte autokratische Regiment auch im Wirtschaftsleben nicht haltbar ist. Wiewenig übrigens die allgemeine Behauptung zutrifft, daß der Staatsbetrieb rückständig ist, mag an einem Beispiel dargetan werden. Als wir die schweren Schnellzugmaschinen an Frankreich abliefern, ergab sich, daß die privaten französischen Gesellschaften in ihrem Betrieb einen so leichten Unterbau hatten, daß unser Material nicht zu benutzen war. Gewiß kein Beweis für die Ueberlegenheit der privaten Gesellschaft, die aber auch sonst weder im Betrieb noch im Wagenmaterial den Vergleich mit den deutschen Eisenbahnen aushält. In andern Ländern sieht es nicht besser aus. Natürlich müssen wir die Vergleiche der Zeit vor dem Krieg entnehmen. Wäre es nicht das Nächstliegende, daß bei einer Sozialisierung des Kohlenbergbaues ein großes Laboratorium und eine Versuchsanstalt eingerichtet würde, um Forschungen auf chemischem und technischem Gebiet nachzugehen, die heute in den vielen Einzelunternehmungen mit den gleichen Mitteln gar nicht möglich sind. Jede erprobte neue Erfindung könnte unmittelbar zur allgemeinen Einführung kommen, es bestände kein Hindernis mehr, während heute das Privatinteresse sich oft dem verschließt.

Allerdings müssen wir uns hüten, unsere Erwartungen zu überspannen. Es wäre sehr zu bedauern, wenn die Bergarbeiter annehmen würden, die Entlohnung würde sich weit über das Niveau der übrigen Arbeiter erheben, so ja

der Kapitalismus seines Profits verlustig geht. Die Profitrate, verteilt auf den Arbeitslohn, würde einen sehr geringen Anteil ausmachen. Der Geschäftsführer des Reichskohlenrats, G. Königter, hat über die Grundlagen der Preisbestimmung nach Ergebnissen einer Umfrage bei 20 Werken folgendes festgestellt:

Es verteilen sich die Herstellungskosten für eine Tonne Steinkohlen wie folgt:

Böhne und Gehalte	91 Mark
Holz	15 "
Betriebsmaterial	40 "
Steuer, Abgaben, soziale Versicherung	22 "
Zuschlag für Wohnungsbau	6 "
Kohlensteuer und Umsatzsteuer	40 "
Handel	7 "
Unternehmergewinn	2 "
226 Mark.	

Der Bergbauverein Essen kommt zu ähnlichem Ergebnis. Selbst wenn man annimmt, daß von dieser Seite der Unternehmergewinn etwas dürftiger dargestellt ist, als es bei kritischem Besehen geschehen würde, so bleibt auf alle Fälle der Gewinnanteil im Vergleich zum Lohn gering.

Die Aufgabe der Sozialisierung muß es sein, das Interesse des Arbeiters für den Betrieb wachzurufen. Das kann nicht geschehen durch die Ausgabe kleiner Aktien für die Bergarbeiter, wie es jetzt die Herren Wöglers und Stinnes vorschlagen, sondern dadurch, daß der Lohnanteil mit der höheren Leistung des Unternehmens wächst. Es wäre irrig, anzunehmen, daß aus rein ideellen Empfinden des Arbeiters die Leistung eine höhere wird, sobald er sich nicht mehr im kapitalistischen Interessentkreis befindet. Nein, wir müssen heute noch mit einem materiellen Anreiz rechnen, und werden ideale Beweggründe für eine künftige Zeit zurückstellen. Daraus folgt nun weiter, daß in einem sozialisierten Betrieb nicht die Lohnfrage mit den Mitteln gelöst werden darf, die im freien kapitalistischen Betrieb in Anwendung kommen. Im sozialisierten Betrieb richtet sich der Streit nicht gegen private kapitalistische Interessen, sondern gegen das Gemeinwesen, in dessen Besitz die Bergwerke sind. Deshalb bleibt eine wichtige Frage die Regelung des Lohnes in anderer Form als bisher. Sind in der Verwaltung Arbeiter und Angestellte, so muß hier zunächst die Entscheidung fallen und eine zentrale Berufungsinstanz im Reichswirtschaftsrat oder später in Verbindung mit dem Reichsarbeiterrat geschaffen werden. Hier kommt die Sache vor ein Forum, in dem auch Arbeiter außerhalb des Interessentkreises des Berufs vertreten sind und es kann die Mitwirkung auf die Preisgestaltung der Kohle und die Gesamtindustrie objektiv geprüft werden. Mit dieser Entscheidung müssen sich die Arbeiter zufrieden geben. Die Regelung dieser Frage ist entscheidend für die Sozialisierung. Gelingt es uns nicht, das Interesse des Arbeiters zu verknüpfen mit Steigerung der Leistungsfähigkeit des Betriebs, die Hebung sowohl technisch wie auch in der Arbeitsleistung durchzuführen, können wir die Lohnfrage nicht im Schiedsgerichtsverfahren lösen, dann wird der Erfolg der Sozialisierung sehr in Frage stehen. Von diesem ersten Erfolg hängt es aber ab, wie schnell das Tempo einsetzt, um die Produktion aus der kapitalistischen Herrschaft mit all ihren unangenehmen Begleitererscheinungen in eine zum Nutzen des ganzen Volkes umzuwandeln.

H. Schmidt

Seine kaiserl. Hoheit der Schieber.

Genosse Hermann Müller hat als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Ist es richtig, daß namhafte Kapitalverschiebungen nach dem Ausland stattgefunden haben?

Ist es weiter richtig, daß in Berlin die Aushebung des Bankhauses Gruber stattgefunden und zur vollständigen Verschlagnahme der Aktien und Bücher geführt hat?

Ist es ferner richtig, daß hierdurch eine weit ausgebreitete Kapitalflucht nachgewiesen ist, und daß dabei eine große Anzahl Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern, gefaßt worden sind?

Was gedenkt die Reichsregierung gegen die Beschuldigten zu tun und was hat der Reichsfinanzminister getan, um für das Reich entsprechende Vermögenswerte zu sichern?

Zu diesen Millionenschiebungen der Hohenzollern und anderer deutscher Fürstentümer durch ein Berliner Bankhaus wird dem „Vorwärts“ noch mitgeteilt:

In der Anfrage des Abgeordneten Müller ist irrtümlich der Name Gruber in Gruser verwandelt worden. Die Bankfirma hatte ihr Lokal Budapeststr. 2. Als es den hohen und höchsten Herrschaften zu unsicher wurde, sich dorthin zu begeben, wurde ein zweites inoffizielles Lokal Budapeststr. 18 aufgetan.

Was die Vermögensschiebungen selber anbetrifft, so datieren diese bereits seit Januar 1910. Es ist nur verwunderlich, daß sie so lange der Behörde verborgen bleiben konnten. Sie begannen mit der Herausgabe des Kronprinzlichen Vermögens. Besuche der Kronprinzessin im Hotel Epland, wo Herr Gruber das ganze Jahr hindurch mehrere Räume bewohnte, und umgekehrt der Familie Gruber bei der Kronprinzessin waren keine Seltenheit. Später kamen andre Fürstlichkeiten, adlige und nichtadlige Reiche heran. Hauptkassierdienste leitete der inzwischen verstorbene Dr. v. Lutz, der Flügeladjutant des Kronprinzen, ein Herr v. Müller, und Rechtsanwält Dr. Wangemann, Alsenstraße 2. Mit der Zeit hat sich natürlich das Vermittlungsnetz ausgedehnt.

Die Provisionen des Herrn Gruber waren so groß, daß er zu Beginn dieses Jahres für 10 Millionen Anteile des Bankhauses G. Schlegler, Trier u. Ko. übernehmen konnte. Herr Gruber reiste stets im Auto zwischen hier und Amsterdam. Die hohen Kosten spielten ja keine Rolle. Sicher in Anerkennung geleisteter guter Dienste wurde Herr Gruber vor kurzem zum kaiserlichen Geheimen Kommerzienrat ernannt, trotz der Abschaffung des Adels und der Titel. Bei der Ernennung vollzog, weiß ich nicht, aber auf den Briefbogen des Herrn Gruber war's zu lesen. Sicherlich war's auch Schieber.

Kronprinz als Schieber! Der Schmeicheleier ist hoffähig und der Schwindel geadelt. Wer wird in Zukunft noch über Schieber und ähnliche Ehrenmänner die Nase rümpfen dürfen, wenn doch Ihre kaiserliche Hoheit die Frau Kronprinzessin selbst sich nicht scheut, bei Schiebers zu verkehren und bei einer Tasse Tee das Geschäftchen zu machen. Und noch andre Leute, die eine gewisse Presse nicht genug zu preisen weiß, sind unter die Schieber gegangen. Die Berliner „N.Z.“ meldet:

Zu den Kunden des Bankhauses Gruber u. Ko. gehörten nicht nur Mitglieder des Hauses Hohenzollern und des früheren Hofstaates, sondern auch bekannte Namen aus der Berliner Industrie- und Handelswelt. Die Depots, die der Firma Gruber u. Ko. übergeben wurden und die zum Teil in fremden Wäluen bestanden, wurden nicht immer unter dem richtigen Namen des Besitzers geführt, sondern unter Decknamen. Eines solchen Decknamens hat sich auch einer der bekanntesten deutschen Heerführer aus dem Weltkrieg bedient. Die Summen, die auf diese Weise durch Gruber ins Ausland, nämlich nach Holland, verschoben worden sind, belaufen sich tatsächlich auf mehrere hundert Millionen Mark.

Ueber die Methoden, welche das Bankhaus Gruber zur Verschlebung angewandte, wird mitgeteilt:

Sehr interessant sind auch die Methoden, wie Gruber die Vermögensschiebungen bewerkstelligte. Eine seiner Methoden bestand darin, daß er seine Klienten in Deutschland Waren jeder Art kaufen ließ, für die er sich Ausführbewilligungen nach dem Ausland zu verschaffen wußte. Die Bezahlungen für die exportierten Waren kamen aber nicht nach Deutschland herein, sondern wurden Grubers Kunden in Amsterdam gutgeschrieben, womit der Zweck der Vermögensverschlebung erreicht war. Daß Gruber seinen Klienten die von ihnen gekauften Waren keineswegs billig anrechnete, versteht sich am Rand. Es gibt keinen Artikel, den Gruber nicht auf diese Weise nach dem Ausland verschob, Salvarian, Scharin, Spielwaren, Pfeffer, alles das waren Gegenstände, in denen verfürpelt die fürstlichen Vermögen die Grenze passierten.

Außer den schon genannten Personen ging auch der Adjutant des Kronprinzen, Herr von Reichenstein, bei Gruber ein und aus. Die Beziehungen Grubers zum Hohenzollernhaus waren so eng, daß Gruber einen Teil der Dienerschaft des kaiserlichen Hauses, Chauffeure, Lakaien und so weiter in seine Dienste übernahm. Ueber den Flügeladjutanten Major von Müller wird gesagt, daß ihn der Kronprinz am 10. November 1918 durch eine höchst eigenhändige Kabinettsorder zu seinem Hofmarschall ernannte. Das Recht der Ernennungen besaß zwar — aber auch nur bis zum 9. November — nur der Kaiser, und bei der Eile kam es wohl nicht so genau darauf an. Diese Ernennung hatte zur Folge, daß Herr von Müller auf Kosten des preussischen Staates sein volles Gehalt als Parteigeld bezog. Es handelt sich um rund 20 000 Mark jährlich. Des weitern sicherte er sich damit auch eine erhebliche lebenslängliche Pension. Es hat eines Jahres Arbeit bedurft, um diese Bewilligungen wieder rückgängig zu machen. Damit hat sich aber Herr von Müller durchaus nicht einverstanden erklärt. Er kämpft nach wie vor um seine ihm am 10. November 1918 vom Kron-

prinzen „bewilligte“ lebenslängliche Anstellung auf Kosten der preussischen Republik.

Ungemütlich wird es offenbar auch den Angestellten des Reichshauses Gruber. Sie wollen nur als Zeugen in Betracht kommen. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß zum mindesten die letzten den Angestellten auf die Anklagebank gehören. Die Seele des Geschäfts war ein gewisser Böhm, ein geborner Sachse, der aber sein etwas mongolisches Aussehen benutzte, um sich bisweilen als Chinese auszugeben. Zu diesem Zwecke hatte sich Böhm sogar Wiffenarten mit dem chinesischen Namen Bi-Mau drucken lassen. Ihm zur Seite standen ein Regierungsrat A. Meyer und ein auf seinen Adel sehr stolzer Herr von Fischera.

Gruber, der während des Krieges Artillerie-offizier war und gern sein Eisernes Kreuz zur Schau trug, hat eine wenig rühmliche Vergangenheit hinter sich. Gruber hat schon früher nach Begehung verschiedener Straftaten allerhand wilde Bankfirmen gegründet, die nach kurzer Zeit verkrachten zum Leidwesen der Gläubiger. Seine letzte Gründung vor dem Kriege nannte sich Jackson, Menzforth u. Co. Ein paar Tage vor Kriegsausbruch floh Gruber unter Mitnahme der ganzen Kasse nach Holland. Die Verwirrung über Grubers Namen scheint übrigens von diesem ab sichtlich herbeigeführt worden zu sein. Er schrieb sich bald Gruber, Grüber, bald Gruiher.

Ein anderer Hohenzollernschieber ist der Prinz Friedrich Leopold und Gelferin seine hochgeborene Gemahlin. Vor einem Jahre hat das preussische Finanzministerium in einem durch die Tafelchen nicht gerechtfertigten Vertrauen auf die Anständigkeit der Gegenseite dem Prinzen Friedrich Leopold erlaubt, eine große Menge Mobilien, Haushaltungsgegenstände, Tafelsilber, Porzellan und so weiter, soweit es zur Einrichtung seines neuen damals in Lugano errichteten Wohnsitzes nötig war, auf die Dauer von 6 Monaten nach der Schweiz auszuführen. Prinz Friedrich Leopold hatte die Verpflichtung übernommen, nach Ablauf dieser Frist die gesamten Gegenstände nach Deutschland zurückzubringen. Natürlich ist auch nicht ein Stück zurückgekommen, das ganze Mobiliar befindet sich noch heute in Lugano. Statt dessen hat der Prinz durch einen Berliner Spediteur zwei weitere Möbelwagen mit wertvollem Inventar ohne Wissen der Regierung aus Oltenide wegschaffen lassen. Ob sie über die Grenze geschoben worden oder wohin sie sonst gekommen sind, ist unbekannt. Endlich hat im Sommer d. J. im Auftrag der Prinzessin Friedrich Leopold eine Dame ihrer Umgebung heimlich erhebliche Bestände der Silberkammer aus Oltenide nach München gebracht, um sie dem Gewahrsam der preussischen Regierung zu entziehen und sie von dort aus ins Ausland zu schaffen. Da der Versuch ziemlich ungeschickt angestellt wurde, sind die Wertgegenstände in München von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden.

Das „Vertrauen“ auf den Prinzen ist einfach ein Skandal. Wer darf etwas auf das Ehrenwort eines Hohenzollern geben! Vielleicht wird nun auch jenen Kreisen, die immer noch an die göttliche Sendung der Hohenzollern und der übrigen Fürsten glauben, klar, daß ihre Götter noch nicht einmal anständige Menschen sind.

Ludo Hartmanns Abschied.

An 2000 Personen folgten in Berlin der Einladung zur Abschiedsfeier des österreichischen Gesandten, des Genossen Ludo Hartmann. Der Abschied des Gesandten wurde zu einer mächtigen Kundgebung für den Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreichs. Vertreter der Parteien waren anwesend oder sprachen brieflich ihr Bedauern über das Scheiden Hartmanns aus. Der Abend war ein seltenes Zeichen der Einmütigkeit.

Kleines Feuilleton.

Die Prostitution.

Ueber „Die Frau im Kampfe gegen die Unsitlichkeit“ sprachen in einer öffentlichen Frauenversammlung in Hamburg Genossin Adele Schreiber (Berlin) und Genossin Dr. Knaack (Hamburg). Genossin Schreiber führte ungefähr an: Unser Begriff der Sitlichkeit beherrscht eine kleine Schicht Menschen, vor allem die Männer. Die Männer haben von jeher die Prostitution für sich in Anspruch genommen. Man betrachtete nicht den Mann, sondern die Prostituierte. Mit dem Wachsen der Großstädte, mit dem Militärdienst ist die Ausbreitung des Bordellwesens in erheblichem Maße fortgeschritten. Die freie Ehe wurde von jeher strafrechtlich verfolgt. Der Krieg hat eine ungeheure Verschlechterung des sittlichen Standes unseres Volkes herbeigeführt. Die Zustände im besetzten Gebiet waren und sind ungeheuerlich. Jedes Mädchen, das man mit einem Soldaten sah, wurde als Prostituierte behandelt. Im besetzten Rheingebiet ist eine ungeheure Zunahme der Geschlechtskrankheiten zu verzeichnen. Für die fremden Truppen mußten Bordelle eingerichtet werden. Vor dem Kriege waren die Mannschaften der Marine bis ein Viertel geschlechtskrank. Die Prostitution ist die Quelle aller Unsitlichkeit. Die Bestimmungen gegen die Prostituierten sind Zeugnisse allergrößter Willkür männlicherseits. Seitdem vor Jahren der Gedanke gegen die Reglementierung auftrat, hat er sich mächtig ausgebreitet. Die Prostituierten setzen sich zum großen Teil aus den niederen Volksschichten zusammen, doch geht dieses Uebel alle Volksschichten an. In Holland ist man zur völligen Aufhebung der Reglementierung gekommen, ebenso in Schweden. In Deutschland ist durch die Revolution infolgedessen ein Wendepunkt eingetreten, als jetzt die Grundlage für die bürgerliche Gleichstellung der Frau geschaffen ist. Wir müssen alle gesetzlichen Maßnahmen ergreifen, um dem Mädchenhandel und der Bordellierung entgegenzuarbeiten. Frauen aller Parteien sind überein gekommen, dem Reichstag ein Gesetz vorzulegen, das diesem Uebelstand abhelfen soll und auch die Angehörigen der geschlechtlich erkrankten Männer verlangt. Wir müssen alles tun, um Volksleiden vorzubeugen. Es muß Schluß gemacht werden mit der einseitigen staatlichen Bewirtschaftung der Frauen. Wir müssen fordern, daß die Frühergegründeten. Die uneheliche Mutter ist staatsrechtlich anzuerkennen. Wir hoffen auf unsere Jugend, die mit hellen Augen heute der Zukunft entgegensteht. Wenn der Mann einzieht, daß er derjenige ist, der den größten Teil der Schuld an dem jetzigen Elend trägt, ist uns sehr viel gebolfen. Ein weiterer Weg liegt vor uns, es gibt keine Abwege als auf dem Wege zum Sozialismus, und alle Streiter für dieses Ziel seien uns willkommen.

Genossin Dr. Knaack sagte: Auf lange hinaus, solange wir unter dem Kapitalismus, einem unsittlichen System, leben, wer-

Hausfuchungen im Gewerkschaftshause.

Auf Grund einer deutschnationalen Denunziation wurde im Breslauer Gewerkschaftshause auf Verlangen einer Ententekommission nach Waffen gehäusucht. Vom Keller bis zum Boden wurde jeder Winkel durchsucht und schließlich auch der Fußboden im Saal ausgegriffen, weil man unter dem Konkretpodium die Waffen ergründete. Die Mähe war umsonst, der Schaden am Gebäude der argwohnte.

Vielleicht sehen sich die Ententekommissionen einmal gründlich die Gitter der Grohagravien und die Verbindungshäuser der Studenten an. Wir glauben, daß sie dort wirklich Erfolge erzielen können.

Die freie Stadt Danzig.

Der Völkerrundrat gab am Donnerstag abend folgende Mitteilung über die Danziger Frage aus: Der Völkerrundrat hat am 17. November den Bericht des Vicomte D'Eschil, Vertreter von Japan, genehmigt. Der Vertreter Japans beantragte die Bezeichnung des Wortes „hanseatisch“ in der offiziellen Bezeichnung der freien Stadt Danzig. In der Sprachenfrage soll im gleichen Artikel bestimmt werden, daß die offizielle Sprache die deutsche ist und daß die Verwaltung und die Verwaltung des Teils der Bevölkerung, der Polnisch spricht, die Freiheit seiner nationalen Entwicklung garantieren und ihm insbesondere den Gebrauch seiner Muttersprache in den Schulen, in der inneren Verwaltung und vor den Gerichten sichern muß.

In militärischer Hinsicht kann die Stadt Danzig nicht als Militär- oder Flottenbasis dienen, und zwar weder Festungen errichten noch die Herstellung von Munition oder Kriegsmaterial auf eigenem Gebiet gestatten, ohne vorher in jedem einzelnen Falle die Einwilligung des Völkerrundrates erlangt zu haben. Im Fall eines Angriffs, einer Bedrohung oder der Gefahr eines Angriffs gegen Danzig, ohne daß dieser Angriff, diese Bedrohung oder die Gefahr eines Angriffs sich auf das polnische Gebiet erstreckt, wird der Völkerrundrat, soweit es heute vorauszuweisen ist, sich an Polen wenden, um von ihm eine bewaffnete Unterstützung für die Verteidigung des Gebiets der freien Stadt Danzig zu verlangen. Es wird von den Umständen abhängen, ob der Völkerrundrat zu gleicher Zeit die Mitwirkung anderer Mitglieder des Völkerrundrates zu dem gleichen Zwecke verlangen wird. Wenn Polen durch irgendeinen Staat entgegen dem Völkerrundratsvertrag angegriffen wird, wird der Völkerrundrat sich genötigt sehen, die Mittel ins Auge zu fassen, um den Schutz der freien Stadt gegen jeden Angriff zu sichern, der die Tätigkeit im Hafen der Stadt verhindern könnte, und es erscheint sehr wahrscheinlich, daß der Völkerrundrat Polen ersuchen würde, dieses Schutzrecht zu übernehmen, allein oder unter Mitwirkung anderer Staaten, die Mitglieder des Völkerrundrates sind. Der Schutz des Völkerrundrates erstreckt sich ebenso auf die Einfuhr von Munition und anderem Kriegsmaterial nach Polen während der Dauer der Feindseligkeiten. Die polnische Regierung scheint demnach besonders geeignet, um eventuell vom Völkerrundrat das Mandat zur Sicherung der Verteidigung der freien Stadt zu erhalten. Aber dieses Mandat darf niemals ausschließlich ihm übertragen werden, und es wird ihm nur übertragen werden können nach Erwägung der besonderen jeweiligen Umstände durch den Völkerrundrat selbst. Laut Völkerrundratspakt wird der Völkerrundrat in Danzig durch einen Oberkommissar vertreten. Der Völkerrundrat wird den Nachfolger Sir Reginald Lowers ernennen.

Somit hat Polen nicht das militärische Schutzrecht über Danzig. Es wird ihm nur zugesichert, daß es Danzig im Fall eines Angriffs als Einfuhrhafen benutzen kann und zugleich wird ihm versprochen, daß ihm im Kriegsfall, zusammen mit einer anderen Macht, die militärische Verteidigung übertragen wird. Wie dazu noch aus Paris gemeldet wird, hat nunmehr der Vertreter Polens den Danziger Vertrag unterzeichnet.

Der Völkerrund.

Die Vormittagsitzung am Donnerstag war nahezu ausgefüllt von dem Bericht Mansens über die Heimkehrerorganisation der Kriegsgefangenen. Als er seine Tätigkeit im Auftrag des Völkerrundrates aufnahm, bestand bereits eine Heimkehrerorganisation auf Grund des zwischen Deutschland und Rußland getroffenen Austauschvertrags. Mansens nächstes Ziel mußte die Beschaffung von weiteren Schiffen in der Ostsee sein. Allein in Betracht kamen deutsche Schiffe, die aber ausgeliefert werden mußten. Um die Gefangenen im Laufe des Sommers 1920 heimzutransportieren, waren 670 000 Pfund Sterling nötig. Die Hilfe der Regierung kam langsam und meist nur

bedingungsweise. So wollte England anfangs nur zahlen, wenn die übrigen in Frage kommenden Regierungen den Rest der benötigten Summe tatsächlich erlegt hätten, und zahlte später nur die Hälfte seiner Zusage, nachdem auch die übrigen Regierungen die Hälfte der ihnen gezahlten hatten! Endlich, nach 2 Monaten des Verhandeln, konnte Mansen am 31. Juli die weiteren Schiffe hartern. Gegenwärtig sind es 15. Damit werden unter kräftiger Mitarbeit der deutschen Regierung und der Sowjetregierung nicht wie erwartet 100 000, sondern 130 000 Gefangene transportiert. Mansen ging dann auf die Heimkehrerorganisation über Labiowski ein, die hauptsächlich durch Unterstützung des amerikanischen Roten Kreuzes und des amerikanischen Kriegsgefangenen-Hilfsvereins und des amerikanischen Christlichen Vereins junger Männer möglich wurde. Leider aber sei es noch nicht möglich gewesen, den in Turkestan, im Kaukasus und Südrussland verbliebenen etwa 20 000 Gefangenen zu helfen. Noch einmal wies Mansen auf die Langsamkeit hin, mit der die nötigen Mittel flüssig gemacht wurden. Die Gesamtzahl der in Rußland heute noch verbliebenen Gefangenen beträgt nach Mansen zwischen 50 000 und 100 000.

Der Rest der Sitzung wurde mit der Ernennung der Vizepräsidenten ausgefüllt. Die Kommissionen 2, 4 und 6 haben am Nachmittag ihre erste Sitzung abgehalten. Das Protokoll dieser Verhandlungen wird morgen der Presse zur Verfügung gestellt. Die unter dem Vorsitz Wantings beratende 6. Kommission, die sich mit der Abrüstungsfrage zu befassen hat, hat beschlossen, die Presse zu ihren Sitzungen zuzulassen. Der Völkerrundrat hat vorhin der britischen Regierung eine Mitteilung erhalten, wonach sie sich damit einverstanden erklärt, zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Volksabstimmung im Gebiet von Wilna Truppen dorthin zu senden. Die spanische Regierung wurde ebenfalls eingeladen, zwei Kompanien zur Verfügung zu stellen. Ebenfalls haben die französische und die belgische Regierung eingewilligt, Truppen dorthin zu senden.

Belleue, Wabelsberg und Sacrow.

Der Rechtsausschuß der Preussischen Landesversammlung setzte am Donnerstag die Beratung des Beschlusses über die Vermögensauseinandersetzung zwischen dem preussischen Staat und den Hohenzollern fort. Der ganze Vormittag wurde ausgefüllt von der Erörterung über Schloß und Park Belleue, die nach dem Vergleich an die Hohenzollern fallen sollen. Demgegenüber wiesen die Abgg. Heilmann (Soz.), Frehmuth (Soz.) und Dr. Cohn (Unabh. Soz.) darauf hin, daß Friedrich Wilhelm 2., der das Grundstück erwarb, kein Testament hinterlassen hat, wodurch nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts die von ihm erworbenen Grundstücke dem Staat zufallen. Doch findet sich im Testament Friedrichs 1. eine Bestimmung, daß Schloß und Park Belleue für ewige Zeiten der Krone verbunden sei, wodurch es Kroneigentum, das heißt nach der Absetzung Staatseigentum geworden sei. Endlich findet sich im Grundbuch die Bestimmung, daß, falls Belleue an einen Partikulier veräußert würde, 11,5 Morgen davon an den Staat zurückfallen müßten. Dem letzten Einwand wurde von allen Seiten zugestimmt, dies grundbuchmäßige Recht müsse den Staat verbleiben. Auch sonst schloß sich Ministerialdirektor Dr. Bachem den Einwendungen an, während Ministerialdirektor Dr. Kübler, Geh. Rat Seelmann vom Justizministerium und Prof. Fleishmann (Königsberg) sowie die Abgeordneten Kronsohn (Dem.) und Dr. v. Krause (D. Wp.) den Standpunkt vertraten, daß Belleue zum Kronideigentum gehöre, als persönliches Eigentum der Hohenzollern zu betrachten sei.

Am Nachmittag wendete sich die Beratung Schloß und Park Wabelsberg zu. Diese Grundstücke waren ursprünglich Staatsbesitz. Im Jahre 1838 wollte sie der damalige König Friedrich Wilhelm 2. an den Prinzen von Preußen schenken, mußte jedoch diese Absicht aufgeben, da die unentgeltliche Veräußerung von Domänenbesitz unzulässig war. Der Prinz von Preußen erhielt also Wabelsberg zur dauernden Benutzung, hat es dann im Jahre 1862 für 950 Taler und 8 Pfennig gekauft. Der gegenwärtige Wert des Grundstücks wird auf 2,8 Millionen geschätzt. Unter Verweisung auf diesen von ihm dem Staat beschu vorgetragenen Kaufpreis erklärte Abg. Heilmann (Soz.) diesen Kauf für ein bloßes Scheingeschäft und Wabelsberg als unzweifelhaftes Staatseigentum, einer Auffassung, der die Vertreter des Justizministeriums widersprachen, während der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß das vorgetragene Material ihm gänzlich neu sei und daß das Finanzministerium sich seine Stellung vorbehalte.

Dann wendete sich die Beratung Schloß und Park Sacrow zu. Diese sind im Jahre 1841 in den Besitz des Staates übergegangen und 1909 ohne Entgelt im Grundbuch an den Kronfideikommissfonds übertragen worden. Die Abgeordneten Heilmann, Frehmuth und Dr. Cohn (Soz.) erklärten, daß die

den wir gegen Unsitlichkeit kämpfen müssen. Von den Geschlechtskrankheiten ist der weiche Schamer am ungefährlichsten, doch entwickeln sich daraus auch chronische Krankheiten. Dem Tripper sah man infolge seiner großen Verbreitung als die harmloseste an, 80 Prozent bis 90 Prozent unserer Männer sind tripperkrank gewesen. Die im Gefolge des Trippers auftretenden chronischen Geschlechtskrankheiten sind schwerer Art. Noch mehr als der Mann leidet die Frau am Tripper. Auch in der Medizin sah man früher die Frau als die allerer Schuldige bei Infektionen an. Alle Gefahren des Trippers werden überboten von der Syphilis, die schwerste Schäden, oft nach Jahren, auftreten läßt. Man hat in Krankenhäusern festgestellt, daß 20 Prozent der innerlich Kranken eine Syphilis durchgemacht haben. Wir haben also Folgen der Syphilis die Rückenmarkskrankheiten und Gehirnerkrankungen. Letztere richten den Kranken in 4 bis 5 Jahren zugrunde. Hinzu kommen Erkrankungen der großen Blutgefäße, des Herzens und anderer innerer Organe. Weit schlimmer ist jedoch die Vererbungsgefahr. Wir sehen das bei den vielen minder entwickelten Kindern. Syphilis wird auch übertragen ohne Geschlechtsverkehr. Die Jugend muß in der richtigen Weise aufgeklärt werden. Die eigentlich dazu Berufenen, die Eltern, haben bisher verlagert. Hier herrscht so viel Prüderie, daß manche Eltern ihren Töchtern das Auskleiden vor dem Schulartz verbieten. Man erkennt da die Folgen der totalen Verblödung unserer Kinder, die von vornherein eine schiefse Einstellung zu gewissen Fragen gegenüber zur Folge hat. Nach der Revolution haben wir in den Elternräten eine wirksame Waffe erhalten, denn die Eltern vor allem tun Aufklärung nicht. Sie können dann ihrerseits den Kindern von vornherein eine natürliche Auffassung von der Geschlechtsfrage beibringen. Wir hoffen auf die Mitarbeit der bürgerlichen Frauen in der Frage der Schwangerschaftsunterbrechung. Nach der Aufklärung über die Geschlechtskrankheiten bleibt uns noch die Bekämpfung der Quellen ihrer Ansteckung. Für Prostituierte haben wir in Hamburg eine Vorrichtung, die alle drei Tage Untersuchung vorschreibt, und eine, die von Zeit zu Zeit eine solche vorschreibt. Unter der ersten Kontrolle stehen durchschnittlich 500 bis 600 Mädchen, die sich auf 114 Häuser verteilen und im Alter von 18 bis 50 Jahren sind. Unter der andern Kontrolle befindet sich noch eine Prostituierte von 71 Jahren! Der Kampf gegen die Prostitution ist ein sozialer. Wir müssen ihr aus den Händen der Polizei nehmen und den Pflegeämtern übergeben. Auch die geschlechtskranken Männer müssen der staatlichen Kontrolle unterstellt werden. Solange das Vorurteil gegen Geschlechtskranke nicht behoben ist, können wir die Meldepflicht nicht erfolgreich durchführen. Wir können aber verlangen, daß jeder Erkrankte sich in ärztliche Behandlung zu begeben hat. Der gleiche Zwang muß für alle eingeführt werden. Nur mit politisch-sozialem Geiste können wir unsere Gesundheitsämter zu dem gestalten, was sie sein sollen, um den Geschlechtskrankheiten wirksam entgegenzutreten zu können. Diese

Fragen gehen alle Volksschichten an, ohne Unterschied der Person und wir als Sozialdemokraten rufen alle zu diesem Kampf auf.

Syphilitische Kinder. Auf dem Naheimer Naturforschertag hat der Berliner Frauenarzt Dr. A. Boeker in einem Vortrag über Syphilis und Schwangerschaft erklärt: „Nach meinen Untersuchungen haben die Fälle von angeborener Syphilis nach dem Kriege beträchtlich zugenommen, daß in Deutschland auf 1 Million Neugeborener mindestens 40 000 Kinder mit angeborener Syphilis entfallen, das heißt daß mindestens jedes 25. Kind von Syphilis an syphilitisch befallen ist. In Anbetracht dieses erschreckend hohen Prozentsatzes erscheint die obligatorische Einführung der Wassermännlichen Blutuntersuchung bringen geboten, da nicht alle Fälle von angeborener Syphilis möglich frühzeitig erkannt und behandelt werden können.“ Auch das ist ein Kriegsergebnis, für das die deutsche Volk bei den alldeutschen Kriegshekern bedanken kann.

Thorwaldsen. (Zu seinem 150. Geburtstag, 19. November.) So wie die norwegische Literatur in Tbsen, und die schwedische in Strindberg einmal einen bedeutenden Einfluß auf die Weltliteratur gewann, so hat die dänische Kunst in Thorwaldsen einen Zeitklang die Entwicklung der Weltkunst bestimmt. Dieser Bildhauer ist der berühmteste Däne, den es gegeben; er ist von feinerer Volke mit geradezu königlichen Ehren gefeiert worden, aber auch bei uns in Deutschland sowie in Italien, ja in ganz Europa reichte man sich vor ihm wie dem Meffias einer neuen Schönheit. Auf eine solche leidenschaftliche Verehrung mußte notwendig ein Rückschlag folgen, und noch heute, da der Tag seiner Geburt zum 150. Male wiederkehrt, stehen viele unter dem Zeichen dieser Gegenströmung, die die schrankenlose Liebe zu Thorwaldsen beim Publikum ablöste. Doch seit sein Landsmann, der geniale Julius Lange, die Bedeutung dieses Meisters in der Entwicklung der Kunst meisterhaft festgelegt hat, werden man mehr und mehr Thorwaldsens hohe Bedeutung, und zwar in dem einzigartigen Denkmal, das er sich selbst errichtet, im Thorwaldsen-Museum zu Kopenhagen, die 650 Werke seiner Hand, und die vielen tausend Gestalten dieser Werke betrachtet hat, der mehr ergriffen werden von der ungeheuren Schöpferkraft, die sich hier eine Naturgewalt offenbart, von der organischen Selbstverständlichkeit und Einheitslichkeit dieses Stiles, in dem ein Norwänder die Antike zu einem neuen eigenartigen Leben erweckt. Die Stimmung, die alle Arbeiten Thorwaldsens umfließt, ist die eines seligen Friedens und einer harmonischen Anmut, eine Welt so lieblicher Grazie, wie sie nur noch Mozart in einer anderen Kunst herbeigebracht. Aber während in Mozart die sinnliche Leidenschaft des Kokos publiziert, lebt in dem Dänen ein feines Wiedermerckelement, eine schlichterne Zurückhaltung, eine schon volle Vergeistigung, eine bewunderliche Fülle, und aus dieser geistlichen Bedingtheit erblüht der ewige unvergängliche Reiz seiner Kunst, dieser Schöpfung eines wunderbaren Genies, das stets ein großes Kind geblieben ist.

seine Zweifel über die Rechtmäßigkeit der Heberzeugung be-
stünden, während die Vertreter des Justizministeriums, Minis-
terdirektor Dr. Müller und Geheimrat Schiewer die Auffassung
vertraten, daß möglichst viele ein — allerdings nicht mehr auf-
fährlicher — Schenkungsvertrag vorliege und im Prozeß immerhin
eine Möglichkeit des Obfiegens der Hohenzollernschen Ansprüche
bestünde. Fortsetzung der Debatte Freitag 10 Uhr vormittags. —

Gegen Wucher und Schleichhandel.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Sitzung ab.
Nach Annahme eines Gesetzentwurfs über ein Rechtspf.-gebotkommen
mit der freien Stadt Danzig bemerkte der Berichterstatter d. s. Ausschusses
zu dem Gesetzentwurf über Verhinderung der Strafen gegen
Schleichhandel, Versteigerung und verbundene Mißbräuche lebens-
wichtiger Gegenstände, daß man im Ausschuss erst nach Ueber-
windung gewisser Bedenken der Vorlage zugestimmt hätte da eine
gewisse Kollage zur Einbringung vorliege. Der Gesetzentwurf bestimmt,
daß bei Schleichhandel, Versteigerung, Versteigerung und bei der
verbundenen Mißbräuche lebenswichtiger Gegenstände in besonders schweren
Fällen auf Zuchthaus von 1 bis 15 Jahren und auf Geldstrafe von
mindestens 20 000 Mark erkannt werden kann. Die Erhöhung der
Geldstrafe auf 20 000 Mark ist vom Ausschuss beschlossen worden. Nach
dem Entwurf sind als besonders schwere Fälle anzusehen: wenn der
Täter aus Gewinnlust mit erheblichen Mengen von Gegenständen des
täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt, wenn er durch Versteigerung
aus Gewinnlust die Kollage der Bevölkerung in besonders ver-
merksamer Weise ausbeutet; wenn er es unternimmt, Vieh, Lebens-
mittel oder Futtermittel und Dünge- und Düngemittel zu verschleppen, es
sei denn, daß es sich um geringfügige Werte handelt; wenn der Täter
ganz oder theilweise von Schleichhandelsgeheimnissen oder verbottener
Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt. Ausländer können nach
Vollziehung der Strafe ausgewiesen werden, bei Zuchthausstrafe müssen
sie ausgewiesen werden. Der Reichsrat nimmt dem Gesetzentwurf
nach den Beschlüssen des Ausschusses einstimmig zu. —

Der Röhener Putschprozeß.

Vor dem außerordentlichen Gericht des Reichswehrgruppen-
kommandos 1 Berlin in Dessau, also wiederum vor einem
Sondergericht, fand der zweite Kommunistenprozeß aus
Anlaß des Röhener Putsches statt, in dem sich die Arbeiter Kurt
Boas, Richard Conrad und Rudolf Schöneemann aus
Röhren wegen Bildung von militärischen Verbänden und noch
sechs andere Arbeiter wegen Waffenbeschreibungen zu verantworten
hatten. In der Verhandlung behaupteten die Angeklagten, daß die
Errichtung einer Räterepublik nicht beabsichtigt gewesen sei
sondern daß es sich nur um eine Abwehrorganisation gegen
den rechts gehandelt habe. Eine „rote Armee“ habe nicht
bestanden. Der Putsch sei ein Werk von Spitzeln gewesen.
Unter den Arbeitern sei bekannt gewesen, daß beim Führer der
Röhener Zeitfreiwilligen, Vollmann, Waffen aufbewahrt
wurden und daß sich in Röhren eine Gruppe der „Orgesch“ gebildet
hätte. Bei der Verhandlung über die Waffenbeschreibungen wurde die
korrupte Spitzelwirtschaft in den kommunisti-
schen Parteien und die Weisungsverbindungen von Ein-
siedler und Rechtssozialisten festgestellt. Einer der Angeklagten, der
Landarbeiter Walter Schmidt (Halle), hat von der berühmtesten
Spitzelin Schröder-Mahnte einen Plan über reaktio-
näre Volkswehren und Zeitfreiwilligenverbände erhalten,
die hat auch den R.-M.-P.-Leuten ein nationalsozialistisches
Bündnis im Auftrag des Grafen Westarp angeboten. Der
als Spitzel entlarvte „Arbeiter“ Grimm hat den Schmidt zum
Begleiten der Waffen aus Sangerhausen aufgefordert, ihm Geld
und einen mit der gefälschten Unterschrift des unabhängigen
Vandrats Rasparek versehenen Ausweis gegeben. Grimm ist nicht
nur als Spitzel, sondern auch als Provokateur tätig gewesen.
Er hat auch Beziehungen zu Offizieren der Reichs-
richterstelle unterhalten. Grimm hat in einem Briefe der
Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß der Prozeß gegen die Waffen-
schreiber erst durch seine Angaben möglich geworden wäre und
seine Verhaftung nur ein Bluff sei. Er stünde in
Dienst des Garnisonkommandos Halle. Die Offiziere hätten
ihm angetragen, seine Haftentlassung sofort zu beantragen. Grimm
ist tatsächlich dann auch aus der Haft entlassen worden,
trotzdem er einen Meineid geleistet hat. Eine Anklage
wegen Meineids ist noch nicht erhoben. Der im ersten
Prozeß verurteilte „Oberlehrer“ Dr. Berg verwickelte sich bei
seinen Angaben dauernd in Widersprüche. Es stellte sich jetzt
heraus, daß Dr. Berg jenes Telegramm, das den Röhener Putsch
ins Rollen brachte, in der Nacht vorher in Magdeburg aufgegeben
und besagt und dann einen Aufruf diktiert hat.

Selbst dem Staatsanwalt fielen die Belastungszeugen
Berg und Grimm auf die Nerven. Den die andern Angeklagten
stark belastenden Aussagen dieser beiden unlauteren Persönlich-
keiten sei kein Glauben beizumessen. Grimm habe als
Spitzel eine höchst zweifelhafte Rolle gespielt, Berg sei als
Hochstapler entlarvt worden. Der Staatsanwalt stellte fest,
daß sich die Angeklagten durch die Beschuldigung eines
Rechtsputschs zur Lat verleiten ließen. Der Vertei-
diger machte darauf aufmerksam, daß nach dem Rapp-Putsch
vom Staatsrat Arbeiterwehren offiziell gestattet waren und daß
die Arbeiter gegen den Druck der Rechtsparteien die Errungen-
schaften der Revolution verteidigen wollten. Der Angeklagte
Boas sei ein Opfer der Magdeburger Spitzelzentrale
geworden. Das Röhener Putschunternehmen war eine
überführte Abwehrmaßnahme gegen einen Rechtsputsch.

Das Urteil lautet: Boas ein Jahr sechs Monate
Gefängnis; Conrad 9 Monate Gefängnis; Schöneemann
5 Monate Gefängnis; Schmidt und Grimm je 6 Monate Ge-
fängnis; Schneiderwind, Schauer, Gebert wurden freigesprochen
und das Verfahren gegen Hornum eingestellt.

Ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse in der
Reichswehr warf die Feststellung, daß die durch Telegramm
geladene Nachrichtenoffiziere Leutnant Giesen, Leutnant
Schwald und Oberleutnant Hansen alias Schaum, die über
ihre Verhältnisse zu dem Spitzel Grimm ausfragen sollten, nicht er-
schienen und die Ladungen zurückgenommen waren, weil diese
Offiziere in der Garnison Halle unbekannt seien. Demgegen-
über stellte der Oberleutnant Kräbe von der Sipo in Halle fest:
Leutnant Giesen ist seit längerer Zeit in der Schweiz;
Schaum war früher beim Garnisonkommando und muß noch
in Halle sein; auch Schwald ist noch in Halle. Schade,
durch diese „Unauffindbarkeit“ sind auch im zweiten Putschprozeß
die wirklich Schuldigen nicht gefast worden. —

Hölz wieder da?

Die R. P. D. hat auf ihrem Parteitag in Berlin den
Küsterhauptmann Hölz wieder in die Partei aufgenommen
unter der Bedingung, daß er sich der Parteidisziplin unter-
werfe. Vielleicht zeigt folgende W.-L.-B.-Meldung, wie Hölz sich
diese Disziplin denkt:

Der Wandersänger Max Hölz, über dessen Aufenthalt
lange Zeit Dunkel schwebte, ist gestern Abend in Auerbach
(Bogland) aufgetaucht. Er erschien bei einem Fabrikanten
und verlangte die Herausgabe von 50 000 Mark. Der Fabrikant
sändigte ihm seine gesamte Barthschaft in Höhe von mehreren
tausend Mark aus, worauf Hölz in der Dunkelheit ver-
schwand.

Die sächsische Regierung hat 200 Sicherheitsbeamte in Auto-
mobilen in die Gegend von Plauen geschickt, um weitere revolutionä-
re Taten des Hölz und seiner Bande zu verhindern. Nach einer
neuen Meldung verlangte Hölz von dem Fabrikanten Knoll eine
halbe Million Mark, erhielt aber nur 7000 Mark.

Ob der Räuber aber der Wäse Hölz ist? —

Kommunistischer Sieg in Sachsen.

Das von Moskau ausgehende Gebot, nach Belbestrafen zu
fügen, wird von der neukommunistischen Presse bereits stramm
befolgt. So bringt es die „Bergische Volksstimme“, die von den
Unabhängigen zu den Neukommunisten gegangen ist, fertig, über
die sächsischen Landtagswahlen unter folgenden fett-
gedruckten Ueberschriften zu berichten:

Die Landtagswahlen in Sachsen. Glatte Absage an die
Moske-Partei und an die ihr ähnelnden Demokraten. Die so-
zialistische Mehrheit durch den revolutionären Teil der Arbeiter-
schaft erhalten.

In dem Artikel heißt es dann noch ausdrücklich:
Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil der jom-
merboller Politik der Scheidemann-Moske-Partei. Dem revo-
lutionären Teile des sächsischen Proletariats ist es zu danken,
daß Sachsen auch nach diesen Wahlen eine sozialistische Mehr-
heit behält.

In Wirklichkeit liegt die Geschichte bekanntlich so, daß die
Sozialdemokratie von ihren bei der Reichstagswahl am 6. Juni
erhaltenen Stimmen nur wenige Tausend verloren, an andern
Orten aber auch gewonnen hat, während die Rechts- und Links-
unabhängigen von ihren 600 000 Stimmen am 6. Juni glatt die
Hälfte verloren haben und nur 800 000 retten konnten, wovon
kaum ein Viertel auf die Neukommunisten fällt. Sehr spähhaft
ist es auch, daß das neukommunistische Blatt so großen Wert auf
die sozialistische Mehrheit legt. Offenbar hat die linke U. S. P.
die kommunistische Taktik noch gar nicht begriffen, die doch darauf
geht, durch Verweigerung jeder Zusammenarbeit diese Mehrheit
praktisch wertlos zu machen! —

Ein Räterepublikaner.

In der „Graphischen Presse“, dem Organ des Verbandes
der Lithographen und Steindrucker, finden wir folgende sehr
beachtenswerte Warnung, die wir auch unsern Lesern nicht vor-
enthalten wollen:

Warnung!

Der Steindrucker Karl Götz, geboren am 22. Februar
1898 in Morfisch, Kreis St. Gallen (Schweiz), welcher während
des Krieges Spionagedienste für Deutschland und
gegen Deutschland getrieben hat und gleichfalls in Mün-
chen an der Räterepublik beteiligt war, treibt sein
unsauberes Geschäft in Hannover gegen die Arbeiter weiter.
Zabesstraße 15, 1. Etage, hat dieser charakterlose Geselle sein
Bureau eröffnet. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf die Ver-
spiegelung der Gewerkschaften, Betriebsräte und politischen
Parteien.

Unterzeichnete Zahlstelle sieht sich aus diesen Gründen
veranlaßt, im Interesse jedes einzelnen Kollegen vor diesem
moralisch gesunkenen Menschen zu warnen.

Zahlstelle Hannover.

Spionagedienste für und gegen Deutschland. Räterepubli-
kaner und wieder Spion. Bezahletes Individuum der Kapitalisten.
Und solche Heiden wollen das Volk befreien. Haltet die Augen
auf und seht euch derlei Leute genau an! —

Die Bürgerlichen gegen die Landarbeiter.

Der verstärkte landwirtschaftliche Ausschuß der Preussischen Landes-
versammlung beriet am Donnerstag über die grundlegenden Fragen
zum Landwirtschaftskammergesetz. Insbesondere wurde
das Wahlrecht behandelt und die Frage, welche Gruppen man bilden
solle. Die Sozialdemokraten lehnten den Regierungsentwurf,
der drei Gruppen (zwei aus den Inhabern landwirtschaftlicher Be-
triebe, eine aus den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern) vorschlägt, ab
und verlangten volle Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit
den Arbeitgebern hinsichtlich der Zahl der Vertreter. Dieser Stand-
punkt wurde aber von den Vertretern der bürgerlichen Parteien
abgelehnt. —

Lösung der belgischen Krise.

Infolge der Zustimmung des außerordentlichen
Kongresses der sozialistischen Partei Belgiens, dem Kom-
promiß zugestimmt, daß die militärische Dienstzeit vor-
läufig auf 10 Monate festgesetzt wird, bis der Bericht der
Militärkommission vorliegt, ist die Bildung der Regierung
als gesichert zu betrachten. Ministerpräsident wird Car-
ton de Wiart (Katholik), Vizepräsident und Minister des
Inneren Vanderbelde (Sozialist), Kriegsminister
Debeze (Liberaler). Die übrigen Ministerien werden
gleichfalls zwischen den drei Parteien entsprechend ihrer
Stärke in der Kammer verteilt. Wir wollen hoffen, daß
es dem neuen belgischen Außenminister und bisherigen Vor-
sitzenden der Internationale möglich sein wird, die belgische
Außenpolitik im Sinne der Völkerverböhnung zu leiten und
der seitherigen imperialistischen Politik Belgiens ein Ende zu
machen. In dieser Hoffnung begrüßen wir seine Ernennung
zum Außenminister Belgiens. —

Die deutsch-tschechischen Krawalle.

Die Ausschreitungen der Legionäre und des nationa-
listischen Böbels dauern in Böhmen fort. Auch in der Stadt
Pilsch ist es zu einem Sturm auf das Denkmal Josephs 2.
gekommen; die Legionäre stürzten es, die Bevölkerung rich-
tete es wieder auf. Dabei kam es zum Kampf, als dessen
Resultat drei Tote und eine große Anzahl von Verwundeten
gemeldet wird. In den übrigen Städten scheint die Stim-
mung abzuflauen. In Prag ging die Polizei und die
Gendarmen endlich energisch vor; wodurch größere Aus-
schreitungen verhütet wurden. Dabei wurden verschiedene
Damen aus den sogenannten besseren Kreisen verhaftet. In-
folge des Einwirkens der tschechischen Sozialdemokraten
scheint das Ministerium energischer gegen die Geßer vorzu-
gehen. Die Ausschreitungen tragen vielfach einen Po-
gromcharakter, und zwar deshalb, weil besonders in
Brünn und in Prag die jüdische Bevölkerung das Rückgrat
des Deutschtums bildet.

Es ist jedenfalls beschämend für die junge Republik,
daß derartige Gewaltakte möglich sind und daß, wie in
Prag, der amerikanische Konsul einschreiten mußte,
um die bedrohte Bevölkerung zu schützen. —

Bravo, Eisenbahner!

Um das reaktionäre Tiroler Landesstatut zu verhindern
und namentlich den Zugang bayrischer Orgesch-Schützen, haben die
Tiroler Sozialdemokraten einen vierstägigen
Eisenbahnerstreik proklamiert. Die Führer der Heim-
wehren bestreiten, daß das Stat ein monarchistisches Putsch be-
weude und erklären, daß es auf alle Fälle statthaben würde. In
Zinsbrud herrscht große Erregung und man befürchtet Zusammen-
stöße. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge ist der Eisenbahn-
verkehr von Bayern auf den nach Zinsbrud führenden Linien
eingestellt worden, da die Eisenbahner von ganz Tirol, wie
angefündigt, den Generalstreik erklärt haben. —

Notizen.

Deutschnationale Erziehungserfolge? Allerseelentag
wurden mehrere Franzosen von französischen Krieger-
gräbern in Myslowitz gekostet, was die Befehlshaber
veranlaßte, eine Sühneaktion der sächsischen Behörden zu ver-
langen. Ein 19-jähriges Mädchen und zwei Schulmädchen wurden
als die Diebinnen festgestellt. — Sicher handelte es sich bei den
Schulmädchen um höhere Töchter, die im deutschnationalen Jugend-
bund „national“ erzogen wurden. —

Das letzte Kriegsluftschiff. Einer Blättermeldung aus
Königsberg zufolge wird der letzte deutsche Kriegsluftkutter vom
Luftschiffhafen Swarapen bei Königsberg nach Stolp in
Pommern übergeführt werden, wo er seinen Gasvorrat erneuert,
um dann an Italien ausgeliefert zu werden. —

Gegen den Belagerungsstand in Bayern. Die Unab-
hängige Fraktion hat im Reichstag den Antrag eingebracht, daß
der Reichstag von der bayerischen Regierung die Aufhebung Belagerungs-
zustandes in Bayern verlangen möge. —

Landarbeiterstreik. Wie aus Stettin gemeldet wird, sind
gestern im Regierungsbezirk Stettin einschließlich der Insel Rügen
die Landarbeiter in den Streik getreten. —

Noch immer königliche Leibwachen? Wie die Breslauer
„Volkswacht“ mitteilt, wird dem in Sibyllenort wohnenden ehe-
maligen König von Sachsen noch immer eine ständige
Wache, von einem Offizier, einem Unteroffizier und 8 Mann,
aus Mannschaften des Breslauer Kavallerieregiments zusammen-
gestellt, gestellt. Die „Volkswacht“ fragt die Reichsregierung, ob
sie die Verwendbarkeit der aus Steuermitteln unterhaltenen Reichs-
wehr für solche „Ehrenwachen“ verantworten zu können glaubt. —

Cuppen und Malmeby nicht aufgegeben. Der Völkerverbund
hatte beabsichtigt die letzte deutsche Note über Cuppen und
Malmeby, worin die Zuständigkeit des Völkerverbundes, über
das endgültige Schicksal von Cuppen und Malmeby zu entscheiden,
verneint wurde, in negativem Sinne beantwortet. Die
deutsche Regierung hat daraufhin in einer neuen Note an den
Völkerverbund ihren juristischen Standpunkt nochmals eingehend darlegt.
Sie hat dabei zum Ausdruck gebracht, daß über die deutsche Ver-
schwerde nicht der Völkerverbund, sondern die Völkerverbände-
versammlung zu entscheiden habe. —

Ausgabe neuer Germaniamarken. Germaniamarken zu
1, 2, 5 und 4 Mark hat die Reichsdruckerei hergestellt.
Sie werden in den nächsten Tagen ausgegeben. Sie sind nicht
größer als die Pfennigwerte und werden ebenfalls in Buchdruck,
aber zweifarbige, hergestellt. Die Marke zu 1 Mark erhält einen
grünen Kern mit einem hellblauen Rahmen, die zu 1,25 Mark
ist rotviolett mit flammendrot, die zu 2 Mark hellblau mit
tiefrot, die zu 4 Mark rot mit schwarz. Zur Herstellung dieser
Marken hatte die Reichsdruckerei eine weitere Arbeitskraft ein-
gelegt. Die neuen Marken werden später auch in Rollenform
ausgegeben, um sie in Frankierungsmaschinen und Postkontroll-
kästen verwenden zu können. Die bisherigen Kupfer- und
Gummidruckmarken bleiben natürlich gültig. —

Schmugglerjagd an der holländischen Grenze. Nach einer
Meldung des holländischen „Volksfreund“ haben die von der Regie-
rung durchgeführten Maßnahmen gegen den Schmuggel
an der holländischen Grenze bisher erhebliche Erfolge gehabt. In einer
Woche wurden in einem Bezirk von fünf bis sechs Zollämtern
400 000 bis 500 000 Zigaretten, 5000 Kilogramm Kaffee und
300 Kilogramm Seife beschlagnahmt. In derselben Woche wur-
den 1000 Schmuggler festgenommen. —

Auf der Flucht. General Wrangel hat die südbaltische
Regierung um Unterbringung russischer Flüchtlinge und Soldaten
ersucht. Die Flüchtlinge und Soldaten, die mit Wrangel Rus-
land verlassen haben, werden auf Griechenland, Rumänien, Bul-
garien und Sübplattien verteilt werden. —

Die englisch-russischen Handelsbeziehungen. „Daily
Chronicle“ erfährt von seinem gut unterrichteten politischen Be-
richterstatter, die vorherrschende Ansicht des englischen Kabinetts
gehe dahin, daß die russische Regierung einer Erfüllung der von
England als notwendige Grundlage für eine Wiederaufnahme der
Handelsbeziehungen aufgestellten Bedingungen so nahe gekommen
ist, daß ein Uebereinkommen möglich erscheint. —

Nach den Wahlen in Griechenland. Zwischen London
und Paris sind Beziehungen im Gange hinsichtlich der Haltung,
welche die beiden Regierungen gegenüber Griechenland einzu-
nehmen gedenken. Es ist wahrscheinlich, daß die beiden Mächte eine
gemeinsame Richtlinie festlegen und unter Umständen eine gemeinsame
Erklärung abgeben werden. Man scheint sowohl in Paris wie in
London entschlossen zu sein, der Mächte Konstantin auf den griechischen
Thron ein formelles Veto entgegenzusetzen. Die Wahl des Kronprinzen
Georg würde möglicherweise weniger Einwände hervorrufen, dürfte
jedoch ohne ernsthafte Garantien kaum angenommen werden. —

Benizelos auf der Flucht. Benizelos ist nach einer Athener
Meldung an Bord der „Narciss“, die durch einen britischen
Kreuzer und zwei Torpedobögel begleitet wird, nach Nizza abgereist.
Man nimmt an, daß er sich nach Paris begeben wird. —

Depeschen.

Drohende Beamtenstreike.

Hamburg, 18. November. Eine erregte Versammlung von
10 000 Beamten fordert von der Reichsregierung rückwirkend vom
1. Oktober Erhöhung der Teuerungszulage auf 75 Prozent Mindest-
teuerungszulagen von 7000 Mark u. a. Uehnliche Forderungen wurden
in Dortmund aufgestellt und mit Streik bedroht, falls bis Sonn-
abend oder Sonntag die Forderungen nicht bewilligt seien. —

Räuber in Aschersleben.

E. U. Aschersleben, 19. November. Auf das hier in der
Magdeburger Straße gelegene Bureau der Grube Georg verübten
gestern nachmittags gegen 5 Uhr vier maskierte Räuber einen
heftigen und zerstörenden Telephonanfall. Sie hielten die beiden
Buchhalter und die Buchhalterin mit vorgehaltenen Revolvern in Schach,
plünderten den Geldschrank und durchwühlten sämtliche Kiste und
Schränke nach Wertpapieren. Es fielen ihnen aber nur circa 4000 Mark
in die Hände. Den Eingang zu dem Bureau hielt ein bewaffneter
Räuber besetzt. Nach vollendeter Tat flüchteten sie auf Fahrrädern
in der Richtung nach Staßfurt. —

Die Witwe des Königs Georg Regentin.

E. U. Athen, 19. November. (Telunion.) Nach einer Athener
Meldung des „Corriere d'Italia“ ist die Königin Olga, die Witwe des
Königs Georg von Griechenland, zur Regentin ernannt worden.
Alle griechischen Prinzen, die gegenwärtig in Italien weilen, haben die
Beijung erhalten, heimzukehren. —

Lange & Münzer

Breitweg 51/52

Handschuhe



Damen-Handschuhe gestrikt	Paar 4.75 u.	3.75
Damen-Handschuhe Trikot, schwarz und farbig	Paar	12.90
Damen-Handschuhe gefüttert, farbig	Paar 18.50 u.	15.25
Damen-Handschuhe Wildleder-Nachahmung, farbig, mit weißer Ziernaht	Paar 18.50 u.	17.50
Herren-Handschuhe gestrikt	Paar 8.25 u.	5.75
Herren-Handschuhe Trikot, farbig	Paar 16.75 u.	14.75
Herren-Handschuhe Trikot, reine Wolle, farbig	Paar 25.75 u.	18.50

Wollwaren

Herren-Hemden	wollgemischt	41.00
Herren-Hemden	makofarbig mit Doppelbrust	54.00
Herren-Hemden	makofarbig, mit Knas	64.00
Herren-Beinkleider	wollgemischt	41.00
Herren-Beinkleider	Reichsware, grau gewebt	15.25
Damen-Hemdhoen	weiß gestrikt	34.00
Korsettschoner	weiß gestrikt	15.50
Herren-Beinkleider	aus gutem Körperstoff, Reichsware	19.50

Strümpfe



Damen-Strümpfe	mit verstärkten Fersen und Spitzen	Paar 11.50 9.75 und	8.25
Damen-Strümpfe	mit verstärkten Fersen u. Spitzen, lederfarbig	Paar 14.50 12.75	9.75
Damen-Strümpfe	Halbwolle, schwarz	Paar 18.75	15.25
Damen-Strümpfe	reine Wolle, schwarz, mit verstärkten Fersen und Spitzen	Paar 38.00 und	22.50
Herren-Socken	Reichsware, schwarz	Paar	4.00
Herren-Socken	starke Baumwolle, grau	Paar 9.25 und	6.25
Herren-Socken	mit verstärkten Fersen und Spitzen, schwarz und farbig	Paar	9.50

Lampenschirmgestelle beste Verarbeitung 16.50 12.50 **8.50**
Watte weiß, glatte Tafelware **2.45** **Bettfedern** in großer Auswahl zu billigen Preisen

Kragenkasten dunkel, Lederimitation . . . **8.50** **Krawattenkasten** dunkel, Lederimitation . . . **12.50**
Manschettenkasten dunkel, Lederimitation . . . **9.50** **Handschuhkasten** dunkel, Lederimitation . . . **11.50**

Herren, die es vorziehen, sich gut und doch billig zu kleiden,

kaufen ihre Garderoben in Gröbmanns Stagen-Geschäft, Breitweg 87. — Da finden sie elegante, sehr wenig getragene Sätze, Cufas, Seiden, Grad und Smoking-Anzüge, Paletots, Hüter und andere Bekleidungsgegenstände. Alles von erstklassigen Schneidern gearbeitet und nur kurze Zeit getragen. Auch für kostbare Pelze, schwarze Paletots, Anzüge, Toppen und gestreifte Böden sehr preiswert in

Gröbmanns Stagen-Geschäft
Breitweg 87.



Sonder-Angebot für Grossisten, Einzelkauf-Vergabe usw.

George Meyer & Co., Seifenfabriken
 officieren bei kurzfristiger Lieferfrist ihre erstklassigen, bekannten Qualitätsmarken in
Toiletten-Seife, grüner Schmierseife und Kernseife
 zum niedrigsten Tagespreise.

Alleinvertreter: **W. Weinrich, Seifengroßhandlung**
 Telefon 7082. Knochenhauerufer 15. Telefon 7082.

Alle gut erhaltene **Rücheln** gebrauchte Küchen billig zu verkaufen
 5542 Max Peltzig, Katharinenstraße 18, Jung, Schillerstraße 18, I.

Billige Wurstwaren

Durch täglich große Schladungen bin ich in der Lage, den Hausfrauen Magdeburgs 5551
Prima lose Wurst pro Pfund 5.00 Mark
 anzubieten. Ferner empfehle ich:
Leberwurst Pfund Mk. 13.00 **ff. Mettwurst** Pfund Mk. 22.00
Rotwurst Pfund Mk. 18.00 **Schlackwurst** Pfund Mk. 24.00
Bratwurst (schnittfest) Pfund Mk. 18.00 **Knoblauchwurst** Pfund Mk. 14.00
 Der Verkauf findet in meiner Fabrik, Fichtestraße 23, sowie in den Filialen Prälatenstraße 17, Süßhofstraße 7 (Schneider), Große Diebsteiner Straße 238, Ecke Linienstraße (Schiller), und in den Magdeburger Fischhallen, Alte Ulrichstraße und Breitweg 89/90, statt.
Ernst Haberzettl, vorm. Ed. Günther, Delikatesswurst-Fabrik.

Geburtstagskarten

in Karten- und Buchformat hält auf Lager
Buchhandlung Volksstimme
 Magdeburg, Große Mühlstraße Nr. 2.

Rostumstoffe

140 cm breit, zum Ausfüttern
 per Meter 48 Mt. mit
Leckers Gelegenheitskäufe
 Fischerbrücke 33, 561



Puppen-Reparaturen

Wegen des starken Andrangs
 im Dezember werden Reparaturen
 schon jetzt angenommen. 158

Hugo Nehab

Johannisbergstraße 2

Sie dürfen nicht warten

Gelegenheitskauf

Wischleder-Schnürstiefel genagelter Unterboden, 31-35 79, 27-30	69
Bogleder-Schnür- u. Affassen- stiefel reine Lederausführung 31-35 98, 27-30	89
Mädchen-Deerby-Schnürstiefel Eckstappe 31-35 98, 27-30	89
Knaben- u. Mädchen-Schnür- stiefel wetterfest, naturfarben 31-35 98 27-30	89
Burschen-Stiefel Deerbyschnitt, Chromleder 36-38	89
Burschen-Stiefel reine Lederaus- führung, elegante und solide Aus- führung 36-38	139



mit dem Einkauf von Schuhwaren!
Der Winter steht vor der Tür!

Ratte Füße bedeuten Krankheit und
 schwerere Geldopfer, als die Vor-
 schaffung von Schuhwerk erfordert. 2635

**Sie dürfen nicht warten,
 weil Schuhe teurer werden!**

Wir bedanken Sie jetzt
 noch sehr preiswert!

Schuh-Handelshof

Beachten Sie die Ausstellung im Hauseingang.

Gelegenheitskauf

Damen-Lackspannenschuhe Winteder-Einsatz	139
Damen-Schnürstiefel mit Chevreau	108
Damen-Schnürstiefel Bogleder, solide Ausführung mit Lackstappe	139
Damen-Lackspann- und Schnürhalbschuhe Rahmen- arbeit, erstklassige Ausführung, tek- welle leicht beschäbigt.	159
Damen-Hochschaffstiefel mit und ohne Lackstappe, maßgefertigt Größen	162
Damen-Schnürstiefel Glasleder, Rahmenarbeit, Lack- blatt, hochlegant	179
Damen-Schnürstiefel mit und ohne Lackstappe, maßgefertigt Größen	198

Herren-Schnürstiefel Deerbyschnitt, bellische Form	122
Herren-Schnürstiefel echt Chevreau, Deerby, reine Lederausführung	142
Herren-Schnürstiefel Bogleder, reine Lederausführung, solider Strapazierstiefel	162
Herren-Schnürstiefel Rahmen- arbeit, erstklassige Ausführung	195
Herren-Schnürstiefel farbig, Rindboer	198 und 189
Herren-Lackstiefel mit schwarzen und farbigen Einsätzen	205 und 198

Billige Lebensmitteltage

im **Delikatehaus von Otto Zielinski**
 Große Mühlstraße 1,
 vis-à-vis von Steigerwald & Kaiser.
 Stelle morgen und folgende Tage
große Posten Wurstwaren
 auf garantiert reinem Rind- und Schweinefleisch
 zu nachstehenden
billigen Ausnahmepreisen
 zum Verkauf. 2833

Leberwurst Pfd. 13.00	Knoblauchwurst Pfd. 15.00
Rotwurst Pfd. 13.00	Jungenwurst Pfd. 16.00
Salz Pfd. 13.00	Schinkenwurst Pfd. 15.00
Bratwurst Pfd. 17.00	Roschen Pfd. 1.00

— solange Vorrat reicht.

Breitweg 193/94, Folgegebäude
 Sonnabend bis 7 Uhr geöffnet!

Breitweg 193/94, Folgegebäude
 Sonnabend bis 7 Uhr geöffnet!

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 272.

Magdeburg, Sonnabend den 20. November 1920.

31. Jahrgang.

21. Sitzung der Stadtverordneten.

Magdeburg, 18. November.

Vor Eintritt in die Tagesordnung dankt Stadtv.-Vorsteher Paul für das Vertrauen, das ihm die Versammlung durch die Wahl zum Vorsteher dargebracht hat. Er berichtet Unparteilichkeit und Sachlichkeit in der Geschäftsführung.

Einlagen

Befindet sich neben Einladungen und Petitionen eine Eingabe des Magdeburger Hausbesitzerverbandes, die Arbeitslosen zur Straßensäuberung und Schneebeseitigung heranzuziehen. Die Eingabe geht an den Magistrat. Das Arbeiter-Sportkartell erhebt Einspruch gegen die Benutzung der Sternwiese als Schneecabladeplatz. Die Eingabe geht an den Eingabenausschuß.

Es erfolgt Einführung des Magistratsrats Dr. Zinserling in sein Amt als befohlener Stadtrat der Stadt Magdeburg.

Bürgermeister Paul weist bei der Einführung auf die schwierige wirtschaftliche Situation, in der wir uns befinden, hin, die gerade von den kommunalen Verwaltungsbeamten die allergrößte Pflückfertigkeit verlangt.

Stadtv.-Vorsteher Paul schließt sich dieser Begrüßung an, auf die Stadtrat Zinserling in längeren Ausführungen antwortet. Er stellt in Aussicht, schon in der nächsten Sitzung einen neuen Entwurf für eine Wertzumachsteuer vorzulegen.

Uebersichtungen und Deckung von Vorschüssen.

Die Uebersichtung des Kredits 168 um 1645 Mark und die Uebersichtung einiger Ausgaben der Haushaltung für 1919 um insgesamt 29.777,00 Mark wird genehmigt.

Zur Deckung des Vorschusses beim Schwabenherstellungsbau wurden 91.351,16 Mark bewilligt, ebenso zur Deckung von Fehlbeträgen einiger Anstalten und Stiftungen 52.737,26 Mark.

Erhöhung der Ueberschüsse

in den öffentlichen Volksbädern haben wir berichtet.

Stadtv. Mehl (Anabh. Soz.) ersucht im Interesse der geborenen Gesundheitspflege die Preise für Brauchwässer nicht auf 80 Pfg. sondern auf 50 Pfg. festzusetzen und bei den Mannensbädern zu gestatten, daß zwei Personen auf eine Karte das Bäderbad benutzen können.

Stadtv. Müller (Nechsp.) ersucht den Magistrat, darüber zu wachen, daß der Kohlenverbrauch in den städtischen Betrieben so weit wie möglich eingeschränkt wird.

Stadtv. Kühne (Soz.) die Bedenken des Stadtv. Mehl haben etwas für sich. Unsere Finanznot zwingt uns aber, das Defizit möglichst auszugleichen. Das ist aber nur möglich, wenn die Magistratsverwaltung unerschrocken angenommen wird.

Stadtv. Keldhaus (Dem.) hat einige Bedenken gegen die Preissteigerungen, die sehr stark zu einem starken Abgang der Bekleidung führen können und damit dem Erfolg illusorisch machen. Es ist richtiger, die Ausgaben zu beschränken.

Bürgermeister Paul wendet sich gegen eine Veränderung der Vorlage, da sie in der jetzigen Form nur der Geldentwertung gerecht wird.

Die Vorlage wird unverändert angenommen. Die Anregung des Stadtv. Mehl, zu gestatten, daß zwei Personen ein Bäderbad auf eine Karte benutzen können, wird dem Bedenkschuß überwiesen.

Dem Entwurf einer kleinen Parzelle von 17 Quadratmetern zur Verbreiterung der Straße Maschenerleben und eines zur Anlage der Endstraße bestimmten Grundstücks wird zugestimmt. Es wird beschlossen, an die Gartenstadt-Deutsche Reform G. m. b. H. 428,15 Mark Zinsen für einen bereits vor dem Krieg eingezahlten Betrag von 19.756,71 Mark für den Bau von Straßen auf ihrem Gelände zu zahlen. Der Bau ist infolge Behinderung durch den Krieg erst in diesem Jahre zur Ausführung gelangt.

Gegen die Zahlung eines Mitgliedsbeitrags von 100 Mark für die Gasfabriktechnische Gesellschaft in Düsseldorf und die Beitragszahlung für den Deutschen Städtetag wird nichts eingewendet.

Zur Erneuerung der Bahnstellenantriebe für die Luftpumpen der zwei 1500-Hilowatt-Turbinen des Elektrizitätswerks werden 30.000 Mark bewilligt.

Zur Beschaffung von Kesselhaus- und Wärmewirtschaftskontroll-Apparaten für das Elektrizitätswerk werden 110.000 Mk., für die Verlegung der Höhenlinie im Krankenhaus Sudenburg 1000 Mark bewilligt.

Ueber die

Fortsetzung der Arbeiten auf dem neuen Friedhof

in Westerbühren haben wir berichtet.

Stadtv. Keldhaus (Dem.) empfiehlt die Vorlage, bittet aber, die endgültige Verabschiedung des Bauplans hinauszuschieben bis zur Wahl eines Stadtbaurats.

Stadtv. Müller (Soz.): Die Finanzmaßnahme des Baues eines Krematoriums ist völlig unabhängig von der Wahl

eines Stadtbaurats möglich. Es muß damit sofort begonnen werden, weil es dringender notwendig ist.

Stadtv.-Vorsteher Müller (Dem.) schlägt vor, zunächst die ganze Anlage endgültig zu genehmigen und dann im Frühjahr mit dem Bau zu beginnen.

Stadtv. Müller (Soz.) ist damit einverstanden, wenn die Wahl des Baurats möglichst umgehend erfolgt.

Die angeforderten 200.000 Mark werden aus Anleihemitteln bewilligt.

Die Vorlage über die Erhebung einer Gebühr für Fundamente der Grabdenkmäler wird genehmigt.

Zur Errichtung von Reihengräberfeldern für Erwachsene und Kinder auf dem Südfriedhof werden 28.000 Mark bewilligt.

Mit der Weiterverpachtung eines städtischen Ackerstücks in der Gemarkung Neuhof westlich des Milchwegs an den Gartenbauverein Nordwest e. V. erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Ueber die Vergebung eines Grundstücks der Peter-Binder-Stiftung in Feuerleben am Post 1 in Erbbaurecht zur Errichtung von Kleinwohnungsheimen

und eines städtischen Grundstücks im Albinstraße-Gelände in Erbbaurecht zur Errichtung von Kleinwohnungsheimen berichtet Stadtv.-Vorsteher Müller (Dem.), der um Zustimmung ersucht, die auch ausgesprochen wird.

Ueber den Entwurf eines Bebauungsplans für das Gelände südlich der Vorlage Westerbühren haben wir berichtet. Die Versammlung stimmt zu.

Die Vorlage über die

Eingemeindungsverhandlungen

mit Nachbargemeinden ist unsern Lesern bekannt.

Stadtv. Plumbach (Soz.): Wir müssen die Frage ernsthaft prüfen. Die bevorstehende Ausführung des Mittelaltkanals macht die Beratung der Frage dringend notwendig. Der Etichkanal nach Weraburg wird die wirtschaftliche Entwicklung Magdeburgs ebenfalls stark beeinflussen und die umliegenden Orte zur Anlehnung an das große, leistungsfähige Ganze zwingen. Der wirtschaftliche Wirkungsbereich der Stadt geht ja schon jetzt weit über die politischen Grenzen hinaus. Der Mangel an Kleinwohnungen hat jetzt schon tausende hier Beschäftigter in die umliegenden Dörfer getrieben. Die Wohnfrage muß in diesem Zusammenhang geregelt werden. Augenblicklich besteht die Gefahr, daß außerhalb des jetzigen Stadtbezirks Siedlungen entstehen, die der spätern Entwicklung der Stadt hinderlich werden können. Es ist für uns von hoher Bedeutung, daß wir jetzt die Grundlage schaffen für eine großzügige Entwicklung der Stadt, und darum bitte ich um einstimmige Annahme.

Das geschieht, der Ausschuß wird eingesetzt.

Die Vorlage über die Erhöhung des Schulgeldes der Kunstgewerbe- und Handwerkerschule vom 1. Oktober 1920 an ist unsern Lesern bekannt. Sie wird genehmigt.

Ueber die Krankenversicherung der Lehrer und Erzieher an den städtischen Schulen berichtet Stadtv. Frau Grube (Dem.). Die Vorlage wird angenommen.

Um die staatliche Kreisfiskalinspektion.

Die Vorlage über die Wahrnehmung der staatlichen Kreisfiskalinspektion durch die Stadtfiskusdirektion steht nochmals zur Beratung.

Stadtv. Mehl (Soz.): Der Grund zur Abgabe der Obliegenheiten der staatlichen Kreisfiskalinspektion ist einzig und allein in der Finanznot zu finden. Das Stadtfiskusdirektorat hat eine jährliche Ausgabe von 135.000 Mark erreicht, wenn drei städtische Kreisfiskalinspektoren angestellt werden. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Summe aufbringen müssen, damit wir unsern Einfluß behalten.

Stadtv. Kühne (Soz.): Wir können dem Antrag des Stadtfiskusdirektors und des Magistrats, die staatliche Kreisfiskalinspektion abzugeben, nicht zustimmen. Sparanstrengungen in diesem Falle sind am Platze. Wir wollen Einsparungen auf die Schulverwaltung.

Stadtv. Mehl (Nechsp.) ist der Ansicht, daß hier die idealen Momente nicht so schwerwiegend sind, daß die Stadt die Kosten auf sich nehmen kann.

Bürgermeister Paul wendet sich gegen die sozialdemokratischen Anträge, da die Stadt die finanzielle Last nicht tragen kann. Wir müssen endlich damit anfangen, zu sparen. Vermögen Sie die Summe, dann ist das die Wirklichkeit eines Kontraktens. Was soll der Staat dazu sagen, wenn wir ihn dauernd drängen, uns Lasten zu nehmen und dann hier wieder uns drängen, eine Last auf uns zu nehmen, die uns der Staat abnehmen will.

Stadtschulrat Nordmann schließt sich diesen Ausführungen an und legt dar, daß der Vorschlag des Magistrats der einzig annehmbare sei.

Stadtv. Kühne (Soz.): Wir können der Vorlage unsere Zustimmung nicht geben. Die Selbstverwaltung der Kommunen steht uns höher. Unsern Einfluß in der Kommune müssen wir voll einsetzen für die Neugestaltung des Schulwesens.

Stadtv. Mehl (Soz.): Uns veranlassen gerade die idealen Momente zu unsrer Stellungnahme. Wir können uns unter keinen Umständen mit dem Magistratsvorschlag einverstanden erklären. Es kommt uns darauf an, in den Gemeinden um so

mehr Schulreformen durchzuführen, als die vom Ministerium verordneten Reurungen von den nachgeordneten reaktionären Gehörten sabotiert werden. Die Kosten belaufen sich nicht so hoch, daß Bürgermeister Paul auch nur das geringste Recht hätte, von einer Vorkontrollpolitik zu sprechen.

Stadtv. Kühne (Soz.): Wir werden fest bleiben in unsern Forderungen und diese Rechte nicht preisgeben. Die Kosten muß die Bevölkerung auf alle Fälle tragen, ob nun der Staat oder die Stadt die Kreisfiskalinspektion übernimmt.

Nach einer weiteren Aussprache und einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen den Stadtv. Plumbach (Soz.) und Siebau (Dem.) ergibt die Abstimmung die Ablehnung der Magistratsvorlage.

Der Aenderung des § 2 der Polizeiverordnung vom 10. Februar 1916 und der Aenderung hierzu vom 8. Mai 1917 betreffend Sperrezeiten für Lauben während der Saatzeiten wird zugestimmt.

Die Weiterverpachtung des Ackerstücks an die Firma Sanner u. Lange Nachf. hier auf die Zeit vom 1. Juni 1921 bis 31. Mai 1926 wird abgelehnt. Es wird öffentliche Ausschreibung erfolgen.

Gehalts- und Lohnfragen.

Ueber die Eingaben der Bau-Kachgruppe der landwirtschaftlichen Angestellten in behördlichen Vertrieben im Deutschen Handlungsgehilfenverband, durch Vermittlung eines Ausschusses veranlassen zu wollen, daß die in der Gegenüberstellung enthaltenen Forderungen auf Kosten eines neuen Tarifs mit den Bureauangestellten des Magistrats erfüllt werden und des Gewerkschaftsbundes der Angestellten über Forderungen der Hilfsangehörigen des Magistrats, die beim Abschluß des neuen Tarifs berücksichtigt werden sollen, und Ermächtigung des Verhandlungsausschusses des Magistrats, einen neuen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, berichtet der Stadtv. Mehl (Nechsp.). Der Tarifausausschuß schlägt vor, die Verhandlungen mit den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen über den Abschluß von neuen Tarifverträgen zu beschleunigen und an den Verhandlungen je ein Mitglied der einzelnen Fraktionen teilnehmen zu lassen.

Die Versammlung stimmt zu.

Ueber die Vorlage die

Dienstleistung der Beamten

betreffend haben wir berichtet. Die Vorlage wird angenommen. Zur Einrichtung von Unterrichtsstellen für städtische Beamte wird eine Beihilfe von 3000 Mark bewilligt.

Es folgen Wahlen und Genehmigungen von Anstellungen und Verbefungen.

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Die Unabhängigen beantragen:

Der Magistrat wird ersucht, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung auf Grund der vom Reichsarbeitsminister am 1. Oktober 1920 erlassenen Verordnung nach dem Höchstmaß der 1. Klasse zu erlassen zu lassen.

Stadtv. Kühne (Anabh. Soz.): Solange es nicht möglich ist, die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffung zu beseitigen, ist es notwendig, die Arbeitslosenunterstützung so zu gestalten, daß die Arbeitslosen einigermaßen vor dem Elend geschützt werden. Der Magistrat hat die Höchstätze noch nicht gezahlt. Es wurden bis vor kurzem die Sätze der Klasse B gezahlt. Jetzt ist man sogar in Klasse C und teilweise in Klasse D hineingeraten. Der Magistrat sollte mindestens die Sätze der Klasse B überall hinsetzen. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die langfristige Erwerbslosen nach Klasse A unterstellt werden. Die Arbeitslosenfrage muß weiter durch beunruhigt werden, daß auswärtige Arbeitskräfte so lange nicht eingestellt werden, solange noch Arbeitsplätze in Magdeburg vorhanden sind.

Stadtv. Kühne (Soz.): Wir sind der Ansicht, daß der Antrag voll durchgeführt wird. Der Magistrat muß die vom Reichsarbeitsministerium festgesetzten Höchstätze in Magdeburg voll zur Ausführung bringen. Die Arbeitslosen müssen wir über das große Elend hinwegbringen. Dem Magistrat muß Anerkennung ausgedrückt werden, daß er versucht, die produktive Erwerbslosenfrage in vorbildlicher Weise durchzuführen. Ich bitte Sie um einstimmige Annahme des Antrags.

Stadtv. Mehl (Soz.): Die Stadtgemeinde hat auf dem Gebiete der Erwerbslosenunterstützung des menschlichmögliche geleistet. Wir haben eine ganze Anzahl Arbeitsplätze geschaffen, die einen Betrag von 12 Millionen Mark ausmachen. Dazu kommt vielleicht noch das große Projekt des Stadellaubstrahes. Die willkommenste Arbeitslosenunterstützung wäre uns die Quantitätsmehrung des Mittelaltkanals. Der Minister für Volkswirtschaft hat am 19. Oktober die Erhöhung der Unterstützungssätze in das freie Ermessen der Gemeinden gestellt und darauf hingewiesen, daß in den Orten, wo erst kürzlich die Sonderunterstützungen ausgesetzt wurden, die Erhöhung nicht nicht einzutreten braucht. Das trifft für Magdeburg zu. Die Höchstätze werden am 1. Januar in Kraft treten. Die Stadt ist bei ihrer Hilfeleistung unabhängig von ihrer finanziellen Lage. Wir müssen jetzt jährlich 1 Million Mark für Unterbringung aufbringen, ohne die Zuschüsse für die produktive Arbeitslosenunterstützung.

Die tanzende Familie Holderbusch.

Ein Roman aus Oesterreich von Johannes Thummerer.

(56. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten

Hermine und Frau Hageneu schieden als Freundinnen. Zuvor vertraute diese dem Mädchen noch ein bang gehegtes Geheimnis an. Sie fühlte sich Mutter, geliebt sie, aber Friedrich dürfe es nicht erfahren. Er würde zu sehr beschützen, daß wegen ihres Lungenleidens die Entbindung einen übeln Verlauf nehmen könnte.

In jener Aufwallung wollte ein Gefühl heißen Reides in Hermine wach werden, aber sie schlug es zurück. „Wenn alles so weit ist, dann komm ich und pflege Sie, ja?“ sagte sie froh und ging. Antan am Fuße des Obsthügels wirkte sie vielmal zurück nach der jungen Frau, die oben vor dem Häuschen, von der Nachmittagssonne übergolten, stand wie das leibhaftige Mutterglück.

Wie Hermine heimkehrte, war es ihr, als fehre sie aus einem Reich reiner Freude zurück in Trauer und Hägigkeit. Schauerweise kamen ihr muntere Sonntagsausflügler entgegen, Männer und Frauen mit Kindern, Mädchen und Jungen, alte Junggesellen und Pensionisten. Die zogen alle hinaus und freuten sich des schönen Tages. Zu Hause aber fand Hermine die Schankstube öd und dümmertill. Kein Gast hatte sich hereinverirrt. Marianne stand beim Fenster und sah mit einem verirrten Blick auf den Wand kalten Blickes hinaus. Die alte Holderbusch ging mit großen, ungelassenen Schritten auf und nieder und murmelte allerlei unverständliches Zeug. Ganz hinten aber lag an einem Tische Gustav und hielt die Hände vor's Gesicht.

Der kleine Franzl war still, mit einem Fieberfächeln im schmalen Gesichtchen, aus der Welt gelaubert. —

Schlag auf Schlag hatte das Schicksal über Gustav geschaut. Er lag auf dem Boden. Nun war auch sein Kind, das als einzige, was ihm noch innerlich stark an Marianne hing, tot.

Zudem lag das Geschäft daneben, eine Menge Rechnungen waren nicht bezahlt, die Schmiegermutter vertierte von Tag zu Tag mehr. Aber Gustav hielt sich tapfer. Er rühte den Schmerz über den Tod seines Kindes, der gleich einem ungefügen Eisblock auf ihm lastete, mit starker Hand ein wenig ab, so daß er ihn zwar immer noch düster beschattete, aber doch nicht zermalte.

Ohne jemand um Rat zu fragen, zwang er sich zu ruhiger Ueberlegung und erwog alles für und wider, ob er nun bei Marianne bleiben solle oder nicht. Dann, ein paar Tage nach dem Begräbnis, rief er sie eines Nachmittags zu sich in die Schlafstube.

Marianne war mühsam über die Störung, sie hatte sich gerade frisieren wollen. „Was ist?“ fragte sie trocken.

Gustav ging ein paar mal in dem engen Raum auf und nieder, dann blieb er vor ihr stehen und bot ihr die Hand. „Marianne“, sagte er, „wir sind beide noch jung, wir haben beide schon Dummheiten gemacht, Du um ich. Du ist's so weit kommen, daß mich eigentlich nichts mehr an Dich und Dich nichts mehr an mich halten tut. Aber wir wollen's trotzdem noch einmal miteinander versuchen. — Wisse einverstanden oder nicht?“

Marianne gab groß zurück: „Na, Du werst mich doch nicht rauschmeißen wollen. Das Wirtschaftshaus gehört mir und meiner Mutter gerade so gut wie Dir.“

Gustav lachte schmerzhaft auf. „Rauschmeißen? Nein!“ sagte er halb für sich, „das nicht, da ging ich schon lieber selber.“

Witzschnell fiel Marianne ein, daß es doch nicht ganz verheiratet für sie war, wenn sie Gustav verließ. Ein letzter Rest von Scham sagte ihr, daß sie dann den Gästen und ihrer Gier mehrlos verfallen sein würde. . . . Freig und furchsam wie sie war, ergriff sie Gustavs Hand. „Weißte, Du hast Dich lieber manchen Schmarren unnütz aufgehoben, deswegen brauchen wir noch lang nicht auseinander zu gehen.“ sagte sie und zwang ihr Gesicht zu einem freundlichen Lächeln.

Gustav konnte wider seinen Willen ein Lächeln in ihm aufsteigen lassen. Er hatte sich von Marianne nicht unterdrücken lassen. „Wollte mir

versprechen, daß alles anders wird von jetzt an?“ fragte er belachend, und da sie instinktiv eifrig nicht, umschloß er sie und bedeckte ihr Gesicht mit Küßen.

Träuernd ging dann Marianne hinter ihm in die Schankstube. Ihr derbes Gesicht, das von Tag zu Tag breiter und fettiger wurde, strahlte vor Zufriedenheit. Wenn man freundlich zu Gustav ist, kann man ihn um den Finger wickeln, dachte sie innerlich belustigt. Wie töricht um ihn, daß sie immer so mürrisch und spöttisch zu ihm gewesen war. Davor wollte sie sich künftig hüten.

So hielt sie wirklich einige Tage ihr Versprechen, arbeitete mit Hermine in Küche und Schankstube und kümmerte sich wenig um die Wibelien der Gäste, die nun Gustav fast allein bediente. Aber je näher der Tag heranrückte, an dem sie mit dem Reisenden ein Stellbudein vereinbart hatte, desto weniger fand sie die neue Welt schön und amüsant. Was hatte sie denn davon, dachte sie bald wieder bei der Arbeit, wenn sie den ganzen Tag herumwirtschafte und zufach, wie Gustav Trübsal blies. Ein bißchen Zerstreuung mußte man sich doch verschaffen, und da Gustav hierzu zu spät war, nun so mußte eben ein anderer herhalten. Gott, was war da auch weiter dabei!

Zunächst fand sie freilich keine Gelegenheit zu einem Seitenprung. Langein durfte sie der Trauer wegen nicht ins Theater hätte sie Gustav wohl aus dem gleichen Grunde nicht gehen lassen. Von den Stammgästen, den Arbeitern, und den paar Fremden, die sich ab und zu in die Schenke verirren, gefiel ihr auch keiner sonderlich. Darum ersah sie bald jenes Stellbudein mit dem Reisenden als ein verlockendes Ziel, und sie war sehr enttäuscht, als ihr jener eines Tages aus Marianne schrieb, er könne erst ein bis zwei Wochen später als zur verabredeten Zeit zurückkehren und werde ihr Tag und Stunde noch näher mitteilen. —

(Fortsetzung folgt.)

Der Antrag wird unbedingter angenommen, und der Zusatz...
Die sozialdemokratische Fraktion beantragt die...
Stadtv. Wernicke (Soz.) begründet den Antrag mit dem Hinweis...
Nachdem die Stadtv. Wernicke (Soz.) und Hoffmann...
Schluß der Sitzung 8 1/2 Uhr; es folgt eine nichtöffentliche...

Provinz und Umgegend.

Lehrertabelle zur Ortsklasseneinteilung.

In einer Versammlung der Vertrauensmänner der Vereinigung des Kreises Wolmirstedt in der 'Kaiserschule' in Magdeburg...

Parteinachrichten.

Groß-Otterleben. Sozialdemokratischer Verein. Montag den 22. November, abds. 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Neuburg...

Kreis-Konferenz.

Auf die am Sonntag den 21. November, vormittags 10 Uhr, im Wolmirstedt in 'Stadt Prag' tagende Konferenz der Ortsgruppe der S. P. D. aus dem Kreisgebiet von Verleben bis zum Norden des Kreises wird hierdurch hingewiesen...

Altkassenleben, 19. November. (Gemeindevertreter-Sitzung.)

Zur Regelung der Ackerpachtfrage für das neue Jahr waren die Herren von Wackensen und von Mathusius (Gundisburg) erschienen. Es wurde eine befriedigende Lösung herbeigeführt...

Badeleben, 19. November. (Unter großer Beteiligung)

wurde am Sonntag die Gedächtnisfeier des Revolutionsjubiläums begangen. Genosse Schoof hielt die Festrede. In dem guten Gelingen der Veranstaltung haben besonders die Frauen beigetragen...

Sachsenfeld, 19. November. (Eine imposante Feier)

sah am Anlaß des Revolutionsgedenktags statt. Nach einem Festvortrag einer Jugendgenossin schilderte Genosse Ludwig in eindrucksvoller Weise die früheren Zustände und führte die großen Ergründungen der Arbeiterbewegung an...

Hillersleben, 19. November. (Zum Gedenktage der Revolution)

beranfaßte der Sozialdemokratische Verein eine Versammlung, das gut besucht war. Und doch fehlten noch verschiedene landwirtschaftliche Arbeiter. Man sieht wieder, für politische Veranstaltungen haben manche Arbeiter kein Interesse...

pahtung. Am Dienstag wurde der Ader der Witwe Doffe meistbietend verpachtet. Es wurden sehr hohe Gebote abgegeben, und zwar schwankte der Preis für den Morgen zwischen 200 und 300 Mark. Der Ader konnte natürlich für solchen Preisen nur von Landwirten gepachtet werden...

Verleben, 19. November. (Eine Konferenz) der Ortsgruppenleitungen für Wolmirstedt-Neuhaldensleben tagte am Freitag hier.

Aus 19 Orten waren 43 Parteigenossen erschienen. Genosse Ludwig hielt einen Vortrag über die bevorstehenden Landtagswahlen und erklärte, daß in unserem Unterbezirk bezirksweise diese Konferenzen abgehalten werden, die sich mit der Kandidatenfrage zu beschäftigen haben. Die Spaltung in der Arbeiterbewegung habe uns bis jetzt nur Niederlagen gebracht...

Geckeln, 19. November. (Volkshochschule.)

Nach in diesem Jahre sind namhafte Kräfte gewonnen worden, um durch Vorträge, Vorlesungen die Volkshochschule zu fördern. Die Vorträge finden freitags im großen Rathsaal statt. Der Arbeiterverein ist Gelegenheit geboten, durch zahlreiche Besuch der Veranstaltungen ihr Wissen zu erweitern...

Wanzleben, 19. November. (Eine öffentliche Jugendversammlung)

sah am Mittwoch im Schäfershaus statt. Nach einem Vortrag des Genossen Dankert über 'Die Jugend und die neue Zeit' wurde die Gründung eines Arbeiterjugendvereins beschlossen. Eine Anzahl junger Burshen und Mädchen traten sofort dem Jugendbund bei...

Kreis Duedlinburg-Achersleben-Kalbe.

Achersleben, 19. November. (Der Sozialdemokratische Volksverein) hielt am 17. November eine gut besuchte Versammlung ab. Genosse Apelt berichtete zunächst über die Landeskonferenzen, die in nächster Zeit stattfinden sollen...

Kochstedt, 19. November. (Den Gedenktage der Revolution)

feierte am Sonntag der Sozialdemokratische Volksverein. Die schon immer bei den Mitgliederversammlungen sah man auch bei dieser Festveranstaltung nur dieselben Genossinnen und Genossen wie sonst. Viele hielten es nicht für nötig, mit ihren Arbeitsbrüdern diesen Tag zu verleben, sondern zogen es vor, an einem andern Vergnügen teilzunehmen...

Sport und Spiele.

Bereinigte Turner Burg I gegen Freie Turner Barmstedt L.

Das Spiel wurde ausgetragen auf dem Plage der Freien Turner in Barmstedt. Die Barmstedter hatten das Glück, als die gute Witterung zu erhalten. Nach dem Anfang der ersten Stunde wurden die Freie Turner durch einen guten Angriff in die Wege. Die einheimischen Verteidiger wehrten jedoch gut ab, so daß erst nach 20 Minuten langem Hin und Her der Freie Turner den Vorzug durch Ausschließen der Verteidiger aus 1. Tor für seine Mannschaft erzielen konnte...

Wacker I Neuhaldensleben gegen Sportklub I Magdeburg.

Im künftigen Spiel standen bei obigen Mannschaften in Neuhaldensleben gegenüber. Um 2 Uhr begann das Spiel mit dem Anstoß Wacker. Es entwickelte sich im Anfang ein gutes kommissives Spiel. Die einheimischen Spieler gaben ihr Bestes, um in diesem Kampf, etwas Abstriches zu erlangen. Nach halber Stunde sah man, daß die Magdeburger die Führung an sich. Durch einen guten Schuß des Mittelstürmers reißt er die Führung an sich. Inermüdet arbeitete Wacker, um den Ausgleich zu holen. Demgegenüber jedoch mußte sich Wacker das Ansehen der Freie Turner lassen. Den ersten Torerfolg erzielte Wacker durch einen Schuß des Mittelstürmers, der durch einen Schuß des Freie Turner zum Ausgleich gelang. Bei dem Stande 1:1 ging es in die Pause. Nach Wiederbeginn des Spieles wird wieder ein interessanter Kampf in die Wege geleitet. Der aufstrebende Freie Turner gelang es in der 57. Minute nach guter Kombination des Mittelstürmers zu erzielen. Bei dem Stande 1:1 wurde das Spiel vom Schiedsrichter, der das Spiel einwandfrei leitete, abgepfiffen...

Südbot I gegen Fußballklub Weiskopf II.

Am 2 Uhr begann am Aufzuge auf dem Witternaufer Sportplatz das Gesellschaftsspiel obgenannter Mannschaften mit dem Anstoß von Südbot. Der Spielplan N. Mannschaft des Fußballklubs Weiskopf ist es möglich, in der 2. Minute das erste Tor zu erzielen. Die gut arbeitende Verteidigung der Südbot verhinderte jedoch jeden weiteren Erfolg. Um einem Strafstoß heraus gelang es den Weiskopfern in der 43. Minute das Ausgleichstori zu erzielen. Bei dem Stande 1:1 ging es in die Pause. Nach halber Stunde wurde das Spiel offener. Beide Mannschaften geben ihr Bestes, um den Sieg für sich zu buchen. Die Glücklichen waren die Südbot. Alle Anstrengungen der Südbot, das Ausgleichstori zu erzielen, waren vergeblich. Der Schiedsrichter verlor sein Amt einwandfrei...

Stand der Herdstrunde 1920.

Name des Vereins	Spieler	Spiele	Spiele	Spiele	Spiele	Punkte	Bemerkungen
Wettkopf	7	6	1	1	13		
Sportklub Burg	8	5	1	1	11		
Sturm Schönebeck	8	4	1	1	10		
Sportfreunde	8	5	1	1	10		
Bereinigte Turner Burg	8	3	1	1	9		
Sportklub Fichte	8	3	1	1	4		
Turner Barmstedt	8	1	1	1	3		
Wacker Neuhaldensleben	7	1	1	1	3		
Germania Burg	8	1	1	1	6		

Bereits-Kalender.

Wird nur gegen Voranbestellung, die Seite 50 Pfg., aufgegeben.
Zentralverband der Schuhmacher. Sonntags den 20. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, öffentl. Schönerbergerversammlung im 'Zugerbau', Streifenstraße 18.
Turnverein Fichte, Wkt. Neue Marktstr. Sonntags den 20. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, Versammlung im 'Wintergarten'.
Turnverein Fichte, Wkt. Eudenberg. Am Sonntags den 20. Novbr., abends 7 1/2 Uhr, Abteilungsversammlung bei Eudenberg.
Burg. Verband der deutschen Fußballer. Am Dienstag den 23. Novbr., abends 8 Uhr, Monatsversammlung im Gewerkschaftsgebäude.
Burg. Zentralverband der Schuhmacher. Am Sonntags den 20. Novbr., abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gewerkschaftsgebäude.

Wettervorherage.

Sonntags den 20. November: Teils heiter, teils neblig, trocken, Nachfröht

Gewinn-Auszug

der 16. Preis.-Südb. (242. Preis.) Klassen-Lotterie

5. Preis.	10. Preis.	16. Preis.
Ölne Gewinn.		Nachdruck verboten.
In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen		
2 Gewinne zu 20000 M 120855		
2 Gewinne zu 5000 M 17779		
4 Gewinne zu 1000 M 24797 156221		
4 Gewinne zu 500 M 20857 102591 216205		
8 Gewinne zu 200 M 127745 143714 148719 214789		
85 Gewinne zu 100 M 7999 12163 14180 15482 22929 25447 37222 39984 43662 45832 47889 49089 48699 55340 56340 64340 67685 87261 100744 103225 103242 104446 108970 108563 113434 118371 128339 130449 159655 158422 181893 182342 188378 183490 187104 190208 193248 202386 204282 208290 207160 216480 228305		
200 Gewinne zu 1000 M 603 2815 3646 4093 4244 6498 6931 11598 13629 18650 17043 18347 21107 28734 29147 32542 35002 30173 41815 44607 47211 50481 53118 67008 67120 68098 68320 67132 68291 71350 71998 72013 75894 77320 77731 80634 83814 84526 87830 93604 96225 95409 104450 104573 106277 108233 109816 128537 127546 126728 132133 133654 134243 135095 135189 138872 141938 147701 149082 158095 156793 181249 175399 167505 161083 165333 165797 166157 169983 174143 174174 178229 178915 177100 174255 183110 184013 186831 187878 188059 191554 101870 193781 194883 195185 195498 198982 201910 202197 202382 204890 218209 223478 225190 225583 227047 228378 230711 235059 232419		
208 Gewinne zu 500 M 5617 6597 6220 6921 7188 7450 12850 12954 16889 17718 18393 22229 30424 34240 35494 37045 37570 36007 20142 39526 43162 43645 44008 45349 40358 63101 64391 64883 55902 58061 65962 67974 64894 67782 68920 69548 70374 71130 74842 76559 77183 77647 77783 79604 81582 86143 87683 89528 89086 91044 90374 97162 97843 100009 113993 110777 120837 121660 121922 125059 123626 127167 127817 130941 133960 136730 138022 139659 144710 162839 153726 151158 152827 169939 162231 165600 169558 178818 179003 181622 180087 182563 184686 191441 193781 197783 198114 200985 203794 204296 206893 214084 214141 216476 221138 225817 228008 229104 229198 229763 230824 232045 233480		
In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 344 Mark gezogen		
2 Gewinne zu 10000 M 208555		
12 Gewinne zu 5000 M 73361 102921 137500 139001 164212 233353		
94 Gewinne zu 1000 M 8145 8256 9878 11876 18535 20089 23419 27478 28683 33430 34819 45794 62773 60216 60274 60813 68608 70652 85097 92803 97335 98704 101684 105366 118044 120638 138808 138441 141875 144701 162104 158899 182765 191018 198850 197697 194694 195620 190107 197871 201249 206402 205998 200311 228171 223891 226583		
198 Gewinne zu 1000 M 5617 6597 6220 6921 7188 7450 12850 12954 16889 17718 18393 22229 30424 34240 35494 37045 37570 36007 20142 39526 43162 43645 44008 45349 40358 63101 64391 64883 55902 58061 65962 67974 64894 67782 68920 69548 70374 71130 74842 76559 77183 77647 77783 79604 81582 86143 87683 89528 89086 91044 90374 97162 97843 100009 113993 110777 120837 121660 121922 125059 123626 127167 127817 130941 133960 136730 138022 139659 144710 162839 153726 151158 152827 169939 162231 165600 169558 178818 179003 181622 180087 182563 184686 191441 193781 197783 198114 200985 203794 204296 206893 214084 214141 216476 221138 225817 228008 229104 229198 229763 230824 232045 233480		
208 Gewinne zu 500 M 5617 6597 6220 6921 7188 7450 12850 12954 16889 17718 18393 22229 30424 34240 35494 37045 37570 36007 20142 39526 43162 43645 44008 45349 40358 63101 64391 64883 55902 58061 65962 67974 64894 67782 68920 69548 70374 71130 74842 76559 77183 77647 77783 79604 81582 86143 87683 89528 89086 91044 90374 97162 97843 100009 113993 110777 120837 121660 121922 125059 123626 127167 127817 130941 133960 136730 138022 139659 144710 162839 153726 151158 152827 169939 162231 165600 169558 178818 179003 181622 180087 182563 184686 191441 193781 197783 198114 200985 203794 204296 206893 214084 214141 216476 221138 225817 228008 229104 229198 229763 230824 232045 233480		

(Schluß des reaktionellen Teils.)
Zahnpasta „Nr. 23“ empfiehlt sich beim Gebrauche.
Z.B.